

HANS MAUR

**KAROWER
PERSÖNLICHKEITEN**

Abgeordnete
der DDR-Volkskammer
und
des Deutschen Bundestages

Geschke – Havemann – Ebert –
Watzek – Bergmann-Pohl –
Meckel – Kenzler

Janusz-Korczak-Bibliothek
Berliner Str. 120-121 · 13187 Berlin
Tel. 4748 66 77 / 4748 66 71

Stadtbezirksbibliothek	
Bln.-Pankow	
H 263 =	462

Berlin 2004 *Maur* Informationsbestand

Inhaltsverzeichnis

Ein Wort zuvor	Seite 5
Ottomar Geschke (1882-1957) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1954	Seite 7
Prof. Dr. Robert Havemann (1910-1983) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1963	Seite 13
Friedrich Ebert (1894-1979) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1979	Seite 21
Dr. Hans Watzek (1932) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1963 bis 1990	Seite 27
Dr. Sabine Bergmann-Pohl (1946) Abgeordnete der Volkskammer der DDR 1990 des Deutschen Bundestages der BRD von 1990 bis 2002	Seite 35
Markus Meckel (1952) Abgeordneter der Volkskammer der DDR 1990 und des Deutschen Bundestages der BRD von 1990 bis heute	Seite 43
Dr. Ervelyn Kenzler (1962) Abgeordnete des Deutschen Bundestages der BRD von 1998 bis 2002	Seite 51
Abkürzungsverzeichnis	Seite 54

Ein Wort zuvor

Wie versprochen, folgt mit dem 3. Heft der Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“ jenes mit den Kurzbiographien von Abgeordneten der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages der BRD. Es sind wiederum „Persönlichkeiten“, die mit der Geschichte unseres Ortsteils Karow auf unterschiedlichste Weise verbunden sind. Sie wohnen für kurze (Friedrich Ebert) oder längere (Markus Meckel) Zeit in Karow, einige sind nach wie vor hier sesshaft (Dr. Hans Watzek, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dr. Evelyn Kenzler), andere, wie Ottomar Geschke und Prof. Robert Havemann, wurden bzw. werden in unserem Stadtteil als „Persönlichkeiten“ geehrt, in dem Bildungseinrichtungen ihre Namen verliehen bekamen. Die beiden Letztgenannten sind aufgenommen worden, weil eine ganze Generation sich mit dem Namen des Kommunisten Geschke verbunden fühlte, wie weitere Generationen sich mit dem Namen des Kommunisten und späteren Regimekritikers Havemann identifizieren werden. Für Geschke wurde der Name allerdings 1990 wieder getilgt. Sie alle gehörten zu divergenten Zeiten als Abgeordnete den höchsten Parlamenten in den beiden deutschen Staaten an. Allerdings war Frau Dr. Bergmann-Pohl die Einzige von ihnen, die sich den Karower Bürgern zur direkten Wahl stellte.

Es sind Kurzbiographien, die niedergeschrieben wurden. Das bedeutet, dass nicht auf alle persönlichen und historischen Prozesse, welche die Personen durchlebten, eingegangen werden konnte. Das kann der Leser selbst nachvollziehen, wenn er zu der angeführten Literatur greift.

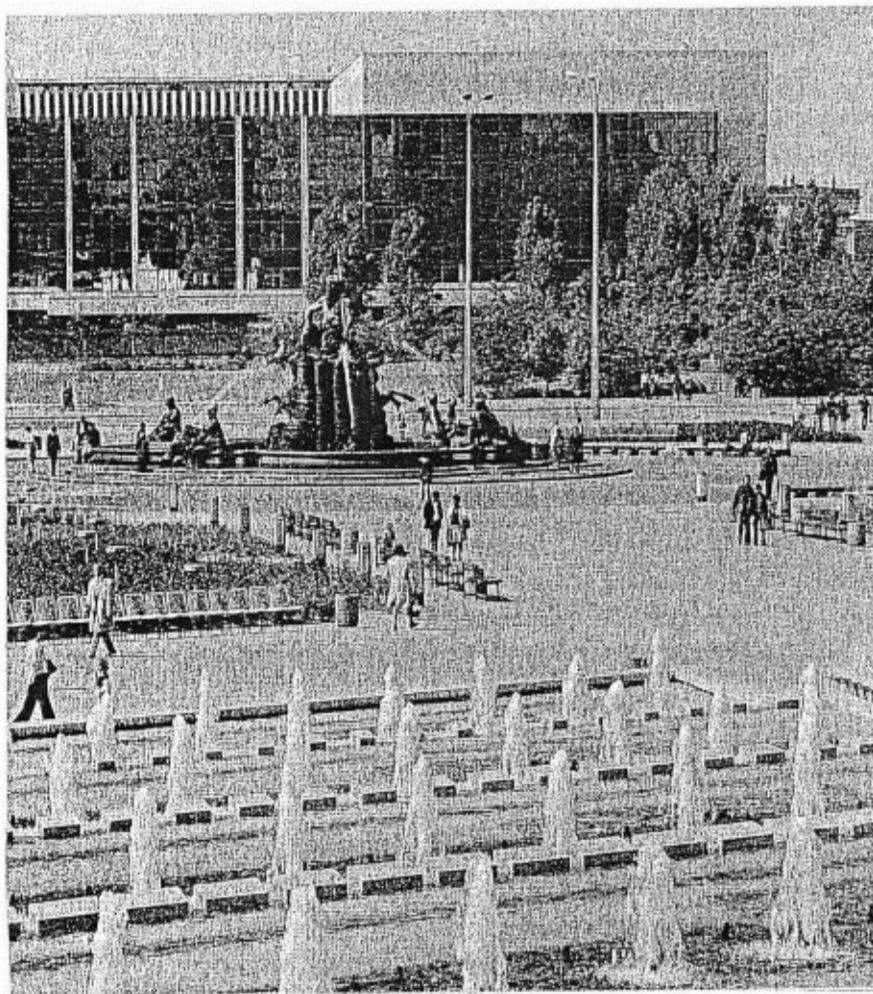
Manchem wird die vom Autoren vorgenommene Wertung nicht passen; muß auch nicht sein. Dazu sind die vorgestellten Persönlichkeiten politisch zu vielgestaltig. Die von mir vorgestellten Frauen und Männer wurden zu verschiedenen politischen Zeiten als Vertreter/Innen heterogener gesellschaftlicher Parteien und Organisationen gewählt.

Als Abgeordnete kamen in die Volkskammer der DDR - Geschke als SED-Mitglied für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) von 1949-1954; Prof. Havemann, SED, für den Kulturbund der demokratischen Erneuerung Deutschlands von 1949 bis 1963; Ebert, SED, für die Partei, der er angehörte, von 1949 bis 1979; Dr. Watzek für die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) von 1963 bis 1990. Dr. Bergmann-Pohl und Meckel kamen erst mit den letzten Wahlen im Wendejahr 1990 für die CDU bzw. die SPD in die Volkskammer, um mit dem Ende der DDR im gleichen Jahr in den Bundestag zu wechseln.

Für den Bundestag der BRD – Dr. Bergmann-Pohl für die CDU von 1990 bis 2002; Dr. Kenzler für die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) von 1998 bis 2002 und Meckel für die SPD seit 1990.

Einige der Abgeordneten/Innen avancierten zu hohen parlamentarischen und staatlichen Ämtern in ihrem jeweiligen Staat. So erreichte Friedrich Ebert, zuvor Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR Berlin, die Chargen des Vorsitzenden der SED-Fraktion in der Volkskammer und des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Dr. Hans Watzek avancierte zum DDR-Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und Dr. Sabine Bergmann-Pohl zunächst zur Parlamentspräsidentin der Volkskammer der DDR und danach zur Ministerin in der von der CDU/FDP geführten Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Möge dieses Heft genau so aufgenommen werden, wie die beiden zuvor erschienenen.



Palast der Republik,
Tagungsstätte der DDR-Volkskammer

Ottomar Geschke (1882-1957) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1954



Ottomar Geschke, geboren am 16. November 1882 Fürstenwalde/Spree; Besuch der Mittelschule und Ausbildung als Schlosser; 1910 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft, 1917 Übertritt zur USPD; Organisator der Novemberrevolution 1918 im Reichsbahnausbesserungswerk in Berlin; 1919 Anschluß an die KPD, tätig in der Betriebsrätebewegung, der Gewerkschafts- und Sozialpolitik, zunächst in Berlin und danach im Zentralkomitee der KPD und im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau; ab 1923 Mitglied des ZK und zeitweilig auch des Politbüros der KPD; 1921 bis 1924 Abgeordneter des Preußischen Landtages und von 1924 bis 1932 des Deutschen Reichstages;

1933 bis 1940 von den Nazis inhaftiert im Zuchthaus Berlin-Spandau und in den Konzentrationslagern Sachsenburg, Lichtenburg und Buchenwald, anschließend Zwangsarbeit in Pommern unter Polizeiaufsicht, 1944/1945 KZ Sachsenhausen; befreit auf dem Todesmarsch durch sowjetische Truppen; 1945 Mitunterzeichner des Aufrufs der KPD und des Aktionsbündnisses von KPD und SPD, 1945/1946 Mitglied des ZK der KPD und Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung Groß-Berlin, Stadtrat für Sozialwesen beim Berliner Magistrat; 1947 bis 1953 Vorsitzender der VVN für die sowjetische Besatzungszone und die DDR; 1948/1949 Mitglied des Deutschen Volksrates, 1949 bis 1954 Abgeordneter der Provisorischen und der gewählten Volkskammer, ab 1954 Mitglied der Länderkammer der DDR; verstarb am 17. Mai 1957; beigesetzt in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde; die heutige Grundschule Alt-Karow und das einstige Kulturhaus in der Karower Bahnhofstraße trugen von 1973 bis 1990 seinen Namen.

Anfang September 1949 bildete der Parlamentarische Rat in Bonn mit Zustimmung der drei westlichen Besatzungsmächte eine eigene Regierung. Mit der Schaffung der Bundesrepublik Deutschlands fand die Spaltung Deutschlands ihren Abschluß. Angebote des Deutschen Volksrates über Verhandlungen gegen die Zerreißung des Landes waren abgelehnt worden. Angesichts dieser neuen Situation kam am 7. Oktober 1949 in Berlin der Deutsche Volksrat zusammen. Die Mitglieder waren im Mai 1949 in der sowjetischen Besatzungszone gewählt worden, in den Westzonen war ihre Wahl verboten worden. Ottomar Geschke gehörte als Vorsitzender der VVN

zu den 330 Mitgliedern des gewählten Volksrates. An diesem 7. Oktober 1949 konstituierte sich der Volksrat zur Provisorischen Volkskammer. Die Abgeordneten setzten den vom 3. Deutschen Volkskongreß im Mai bestätigten „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“ in Kraft. Der Verfassungsentwurf war zuvor monatelang in der Bevölkerung diskutiert worden. Nun war der historisch bedeutsame Akt der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen. Für Ottomar Geschke war dieser Tag ein äußerst wichtiges Ereignis. Sein jahrzehntelanger Traum als Kommunist von einer revolutionären Arbeiter- und Bauern-Macht, geführt von seiner Partei, hatte sich erfüllt. Für ihn galt es, diese Festung auszubauen, zu stärken und zu festigen.

Am 11. Oktober 1949 wählten die Abgeordneten der neuen Volkskammer und die der Länderkammer gemeinsam den ehemaligen kommunistischen Arbeiterfunktionär Wilhelm Pieck zum Präsidenten der neuen Republik. Am nächsten Tag stellte Ministerpräsident Otto Grotewohl (ehemals SPD) seine Regierung vor und erläuterte das Programm seiner Regierung. Alle Fraktionen der Volkskammer stimmten der Regierungserklärung zu und bestätigten die Provisorische Regierung der DDR.

Ottomar Geschke gab im Namen der VVN-Fraktion die Zustimmung zu dem Programm der Regierungskoalition aus SED, CDU, LDPD (Liberale) NDPD (Nationaldemokraten) und Bauernpartei. Er begrüßte, dass die Regierung gelobte, getreu dem Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer zu wirken. „Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die Wahl des Präsidenten der Republik“, so hob er mit seiner warmen, ausdrucksvollen Stimme hervor, „bedeuten für uns einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zu dem Ziele, für das unsere Mitkämpfer ihr Leben ließen. In der heute gebildeten Regierung, ... in den Reihen der ... Volks- und Länderkammern, sitzen Männer und Frauen, die durch die Hölle der Konzentrationslager gegangen sind. Wir waren eins im Kampf und wir hatten eine Aufgabe, ein Ziel. Auch heute eint uns ein Wille, gehen wir den gemeinsamen Weg in der Nationalen Front für Einheit – Demokratie – Frieden. Uns eint aber auch der Wille, getreu dem Artikel 6 der von uns angenommenen Verfassung, der die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz sicherstellt, den Feinden der Freiheit keine Freiheit zu lassen, sei es in der Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, der Hetze gegen demokratische Politiker, in der Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß, in militaristischer Propaganda sowie Kriegshetze und allen sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung und den Frieden richten.“

Am 10. Oktober wurde uns im Namen der Regierung der Sowjetunion durch Armeegeneral Tschuikow die Souveränität wiedergegeben. Dieser feierliche Akt bewegte uns Teilnehmer genau so tief wie jene Tage, an denen uns nach Jahren der Gefangenschaft die Freiheit wiedergegeben wurde. Dankerfüllt drückten wir 1945 die Hände unserer Befreier, und dankerfüllt drücken wir heute die Hände, die uns das

GESETZBLATT

der
Deutschen Demokratischen Republik

1949

Berlin, den 8. Oktober 1949

Nr. 1

Gesetz

Über die Konstituierung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Vom 7. Oktober 1949.

Artikel 1

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik konstituiert sich in der Zusammensetzung des vom Dritten Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 gewählten Deutschen Volksrates auf Grund der vom Deutschen Volksrat am 12. März 1949 beschlossenen, vom Dritten Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme in Kraft. Es wird vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer ausgefertigt und verkündet.

Ausgefertigt und verkündet Berlin, den 7. Oktober 1949

Der Präsident der Provisorischen Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik

D i e c h m a n n

Werkzeug zum Bau unserer Deutschen Demokratischen Republik gaben: die Millionen Hände der Völker der Sowjetunion. Wir grüßen zugleich die Volksdemokratien, ihre Regierungen, in denen die Kameraden aus deutschen Konzentrationslagern, der Partisanenverbände und der Widerstandsgruppen sind. Es gibt keine Macht, die unsere Kameradschaft, unsere Freundschaft und die Freundschaft unserer Völker zerreißen kann. Wir Kämpfer gegen den Faschismus ... scharen uns gemeinsam ... mit allen Menschen, die guten Willens sind, um die Fahne der Deutschen Demokratischen Republik. Das sei unsere Verpflichtung gegenüber unseren Toten und unsere Verpflichtung gegenüber unserer Regierung."

Die BRD unter dem Kanzler Konrad Adenauer orientierte auf eine Westanbindung der Bundesrepublik und verfolgte diese vorrangig vor der deutschen Einheit. Ihr Nahziel war die eigene Souveränität im Rahmen eines westlichen Bündnisses. Im Ergebnis einer „Politik der Stärke“, die auf die Destabilisierung des zweiten deutschen Staates zielte, sollte sich die Einheit Deutschlands durch Anschluß der DDR an die Bundesrepublik ergeben.

Die DDR setzte nach wie vor auf die von ihr initiierte Volkskongreßbewegung unter den veränderten Bedingungen der Nationalen Front, dieser neuen Form einer Bündnis- und Massenpolitik. Als ihre wichtigsten Ziele blieben die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands durch die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung und den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages.

Das waren auch wichtige Merkmale für das Wirken von Ottomar Geschke als Abgeordneter der VVN. Er brachte als Vorsitzender der VVN und Abgeordneter der VVN am 9. November 1949 in der Provisorischen Volkskammer das Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und für Offiziere der faschistischen Wehrmacht ein und begründet es. Es war eine Geste des guten Willens, dass gerade die einstigen Gegner und Verfolgten des Naziregimes ein derartiges Gesetz zur Abstimmung in der Volkskammer einbrachten, um diese Kräfte in den antifaschistisch-demokratischen Aufbau einzubeziehen.

Am 15. Oktober 1950 fanden die ersten offiziellen Wahlen zur Volkskammer der DDR statt. Nach einer abgestimmten Einheitsliste gehörten von den nunmehr 400 Abgeordneten 100 der SED, je 60 der CDU und der LDPD, je 30 der NDPD und der DBD, 40 dem FDGB, je 20 der FDJ und dem Kulturbund, je 15 dem DFD und der VVN und je 5 der VdgB und den Genossenschaften an. In der Regierung waren alle fünf Parteien vertreten.

Ottomar Geschke gehörte wiederum der VVN-Fraktion an und war deren Fraktionsvorsitzender. In dieser Legislaturperiode verabschiedete die Volkskammer den ersten Fünfjahrplan für den Zeitraum 1951 bis 1955. Er sollte die durch die Spaltung Deutschlands entstandenen erheblichen Disproportionen in der Volkswirtschaft mindern und somit den Lebensstandard der Bevölkerung aus der Vorkriegszeit erreichen.

Im Januar 1952 billigte die Volkskammer den Entwurf eines Wahlgesetzes zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und unterbreitete ihn dem Bonner Bundestag, deren Regierung ihn in Verfolgung ihrer eigenen politischen Ziele ablehnte. Für Ottomar Geschke war die Wiederherstellung der deutschen Einheit keine Illusion. Als Vorsitzender der VVN setzte er sich aktiv für die Beziehungen zu den ausländischen Organisationen der Widerstandskämpfer ein. Freundschaftliche Verhältnisse, schon im gemeinsamen Widerstand gegen das Naziregime geknüpft, festigten sich. Im Weltfriedensrat sprach er sich für den Erhalt des Weltfriedens und die Verständigung der Völker untereinander aus. Er erhob seine warnende Stimme gegen die einsetzende Remilitarisierung in der westdeutschen Bundesrepublik und verurteilte den Korea-Krieg der USA.

Mit den Wahlen im Oktober 1954 schied Ottomar Geschke aus der Volkskammer der DDR aus. Die VVN hatte sich im Jahr zuvor als Organisation aufgelöst. Er vertrat nun die Hauptstadt Berlin bis zu seinem Tode 1957 in der Länderkammer der DDR.

Literatur:

- Hans Maur: Ottomar Geschke. Vorbild und Verpflichtung. Biographische Skizzen zu einem kampferfüllten Leben. Frankfurt (Oder) 1982.
- Hans Maur: Karower Persönlichkeiten. Abgeordnete des Deutschen Reichstages. Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“, H. 1/2003.
- Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1997.

Berliner und Berlinerinnen I

Der Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens ist unser aller Sache.

Bis jetzt haben sich insgesamt 250 Millionen friedliebende Menschen auf der ganzen Welt mit ihrer Unterschrift dem Appell des Weltfriedenskomitees angeschlossen. Sie erklären sich damit offen gegen die Kriegshetzer, die die Menschheit mit Atombomben bedrohen und einschüchtern wollen.

Alle Deutschen, insbesondere wir Berliner reißen uns ein in die mächtige Friedensbewegung, indem wir den Appell unterzeichnen.

In folgenden Lokalen ist allen Westberlinern Gelegenheit gegeben, sich für die Ächtung der Atomwaffe einzuzichnen:

- Lokal Rosemann, Alt-Gliencke, Rudowerstr. 72
- Volkshaus Baumschulenweg, Köpenicker-Landstr.
- Gartenamt Treptow, Treptower Chaussee 52
- HO-Laden Baumschulenweg, Baumschulenstr.
- Finanzamt Baumschulenweg, Rinkardstr. 13
- Alle Konsummitteln in Baumschulenweg
- Konsum Treptow, Heidelberger-Ecke Eisenstr.

Groß-Berliner Friedenskomitee

Aufruf zur Ächtung der Atombombe, 1950

Prof. Dr. Robert Havemann (1910-1983) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1963



Auch der bekannte Physiochemiker Robert Havemann war kein Karower Bürger im engeren Sinne. Ihn in dieser Reihe aufzunehmen ist dem Umstand zuzurechnen, dass die Gesamtschule mit gymnasialer Obersstufe in der Achillesstraße 79 den Namen „Robert Havemann-Oberschule“ trägt; seit 1993 zunächst in Berlin-Buch und ab 2000 im Neubaugebiet von Berlin-Karow

Robert Havemann wurde am 11. März 1910 in München geboren. Seine Mutter war Malerin, sein Vater Lehrer und später Redakteur der linksbürgerlichen „Westfälischen Neuesten Nachrichten“. Die Kinderjahre verbrachte er in Thüringen, Hannover und Bielefeld, wo er Ostern 1929 mit großem Erfolg sein Abitur ablegte. Über diese Jahre schrieb er später „Mich interessierte damals wirklich nicht anderes als die Natur und die Naturwissenschaften. ... Es dauerte ziemlich lange, bis ich anfang, die politischen

Zusammenhänge mit derselben skeptischen Sachlichkeit zu betrachten, mit der ich mich der Naturwissenschaft zugewandt hatte. Dabei spielte die Gefahr des Antisemitismus eine große Rolle. Meine Eltern hatten viele jüdische Freunde. ... Da die Nazizeit ja schon ihre Schatten warf, tauchte das Gespenst des Antisemitismus früh in meiner Vorstellungswelt auf. Sehr schnell, sehr früh habe ich begriffen, was für eine ekelhafte, widerliche, unmenschliche Erscheinung der Rassenhaß und die Rassenüberheblichkeit ist, überhaupt die ganze Art von biologischer Geltungssucht des Menschen. Und das war vielleicht auch das Wichtigste, was mir meine Eltern mitgaben: die vollständige, rücksichtslose und uneingeschränkte Verurteilung dieser entsetzlichen Erscheinung.“ (1)

Ab 1929 studierte er Chemie an der Universität in München, wechselte aber 1931 an die Universität in Berlin. „Innerhalb eines Jahres verwandelte ich mich von einem ziemlich unpolitischen, normalen wissenschaftsinteressierten jungen Mann aus der Bürgerschicht in einen leidenschaftlich politisch engagierten Menschen. Alles Halbeschien mir gänzlich unmöglich.“ (2) Er ließ sich in die Abwehr des deutschen Kollaborationsapparates einbinden und hatte sich somit den Kommunisten angeschlossen, die für ihn diejenigen waren, „die rücksichtslos, bedingungslos und vollständig konsequent gegen den Kapitalismus kämpfen wollten und natürlich gegen die Nazis“ (3). In Leipzig gewährte er dem bulgarischen Kommunisten Taneff Unterkunft, der

dann 1933 im Reichstagsbrandprozeß von den Nazis gemeinsam mit seinen Landsleuten Dimitroff und Popow wegen angeblicher „Brandstiftung“ angeklagt werden sollten. Seine belastenden „Aussagen“ vor einem Untersuchungsrichter beim Reichsgericht wurden als glaubhaft angesehen. Für seine wissenschaftliche Laufbahn hatte das allerdings keine weiteren negativen Folgen. Er war in der Folgezeit Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Krankenhaus in Moabit, promovierte 1935 mit einer Doktorarbeit über Kolloidchemie, war 1936/37 Mitarbeiter an der Militärärztlichen Akademie und ab 1937 Assistent am Pharmakologischen Institut der Berliner Universität. Er konnte schon in dieser Zeit mit zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf sich aufmerksam machen. Im Frühjahr 1943 konnte er sich habilitieren.

Havemann hatte sich schon bei Machtantritt der Faschisten 1933 der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Neu Beginn“ angeschlossen. Das Auslandsekretariat dieser Gruppe veröffentlichte von Prag aus Berichte über die Verhältnisse in Deutschland. Sie setzte sich für ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten im Widerstand ein, warnte aber zugleich vor Illusionen über den Charakter, die Stärke und den Einfluß der Nazis. 1935 wurde Havemann, wie andere der Gruppe, vorübergehend verhaftet. Er hielt in der Folgezeit erst einmal Abstand von jeglicher politischer Mitarbeit.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bildete er mit Gleichgesinnten den Widerstandskreis „Europäische Union“. Am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem hatte er Georg Groscurth kennengelernt, der 1934 an die Medizinische Uniklinik Berlin ging. Die Gruppe unterstützte politisch Verfolgte und von der Deportation bedrohte Juden, knüpfte Verbindungen zu ausländischen Zwangsarbeitern und legte in Flugschriften ihre antinazistischen Positionen zum Sturz des Hitlerregimes und für ein neues demokratisches Nachkriegseuropa dar. Die Gruppe geriet im September 1943 durch Verrat in die Fänge der Geheimen Staatspolizei. Havemann und seine Mitstreiter wurden durch den faschistischen „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung wurde allerdings mit dem Verweis auf „kriegswichtige“ Arbeiten aufgeschoben, die er in der Todeszelle des Zuchthauses Brandenburg-Görden leisten mußte.

Mit der Befreiung vom Faschismus, so berichtete er später, gab es „in unserer Gruppe viele Diskussionen mit den sozialdemokratischen Genossen. Es waren sehr fruchtbare Diskussionen. Wir Kommunisten waren zwar in der Mehrheit, die Sozialdemokraten bildeten nur eine kleine Gruppe neben anderen, neben kirchlichen Widerstandsleuten, SAP-Leuten und Anhängern verschiedener politischer Sekten. Aber auf beiden Seiten, bei uns wie auch bei den SPD-Genossen, herrschte die Erkenntnis, dass die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nun endgültig überwunden werden müsse, wozu es erforderlich sei, dass beide Seiten nicht nur Kritik an den anderen, sondern in erster Linie an sich selbst zu üben hätten.“ (4)

Robert Havemann bekam zunächst den Posten des Verwaltungsdirektors für das Krankenhaus in Berlin-Britz angetragen. Doch schon Anfang Juli 1945 betraute ihn der demokratische Magistrat mit der Leitung des im amerikanischen Sektor der Stadt gelegenen Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin-Dahlem. 1946 erhielt er an der Universität einen Lehrauftrag für Kolloidchemie. Ende 1947 wurde er in Dahlem abgelöst, weil er „widerrechtlich“ wissenschaftliche Forschungen erlaubt und durchgeführt hatte, die das Alliierte Kontrollratsgesetz No. 25 verletzten. Er blieb zwar Abteilungsleiter am Institut, wurde dann aber 1950 wegen seines öffentlichen Protestes gegen die US-amerikanischen Pläne zum Bau der Wasserstoffbombe vom Westberliner Senat endgültig entlassen und mit Hausverbot belegt. Er war fest davon überzeugt, dass der nukleare Rüstungswettlauf für die Menschheit tödliche Konsequenzen in sich birge und daher unbedingt zum Stillstand gebracht werden müsse. Am 18. Juli 1950 wurde er als Vorsitzender des Berliner Friedensrates mit weiteren mehreren hundert Friedensaktivisten bei einer Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffe von der Westberliner Bereitschaftspolizei verhaftet.

Robert Havemann hatte schon 1945 zu den Mitbegründern des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gehört. Als die Deutsche Volkskongressbewegung, deren Mitglied er als Vertreter des Kulturbundes war, sich am 7. Oktober 1949 als Antwort auf die Gründung der BRD zur Provisorischen Deutschen Volkskammer konstituierte und die Deutsche Demokratische Republik ausrief, wurde Havemann automatisch in diese oberste Volksvertretung übernommen. Zu den ersten Volkskammerwahlen im Oktober 1950 wurde er dann offiziell gewählt. Er wirkte bis 1963 als Abgeordneter des Kulturbundes.

Als 1950/1951 in der Bundesrepublik Deutschland die Wiederaufrüstung akut wurde, breitete sich in Westdeutschland und in Westberlin eine Bewegung des passiven Widerstandes unter der Parole „Ohne uns“ aus. Eine von dort ausgehende Initiative zu einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung in beiden deutschen Staaten beantwortete allein die Volkskammer der DDR. Sie beschloß, im Juni 1951 eine Volksbefragung durchzuführen. Robert Havemann konnte dem nur zustimmen. Auf Kundgebungen und in Versammlungen erwies er sich als entschiedener Gegner einer Wiederaufrüstung, die für ihn nur einen Krieg nach sich ziehen würde. Am 16. Juni 1953 versuchte er als Abgeordneter und Präsident des Deutschen Friedensrates vergeblich, sich mit den streikenden Berliner Arbeitern vor Ort auseinanderzusetzen, um sie von einem Ausstand mit „konterrevolutionären Formen“, wie er selbst urteilte, abzuhalten. Am 29. August 1956 hielt er in einem Beitrag vor der Volkskammer mit tiefer Gewißheit den von den Westmächten unterstützten Alleinvertretungsanspruch der anderen deutschen Regierung für äußerst irrational. Deren Hallstein-Doktrin verhindere die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen von Drittländern zur DDR und wolle so die weitere Isolation des zweiten deutschen Staates aufrecht erhalten. Am 11. August 1961 wies er in der Volkskammer auf die Gefahren für einen stabilen Friedenszustand hin und versuchte, DDR-Bürger von einer zuneh-



Verhaftung Robert Havemann bei der Sammlung von Unterschriften zur Ächtung der Atombombe in Westberlin am 8. Juli 1950

Abstimmungsschein

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

Ja



Nein



menden „Republikflucht“ abzuhalten. (5) Er bekannte sich in diesen Jahren offen und freimütig zu seinem Arbeiter- und Bauern-Staat. Zu seinem 50. Geburtstag 1960 würdigten das Zentralkomitee der SED, der Ministerpräsident der DDR und das Präsidium der Volkskammer das Wirken des mitten im politischen Leben stehenden Wissenschaftlers.

Seine Abgeordnetenarbeit beurteilte er in späteren Jahren so: „Natürlich war es klar, dass das DDR-Parlament, die Volkskammer, eine Abstimmungsmaschine war, in der nur Beschlüssen zugestimmt wurde, die schon vorher im Apparat der Partei, im Zentralkomitee der Partei ausgearbeitet worden waren und dort genehmigt wurden. Dort wurden sie diskutiert, eventuell auch über sie abgestimmt, aber hier im Parlament geschah es nur zum Schein. Das störte mich zunächst mal gar nicht, weil ich ja als Abgeordneter, als Mitglied der Volkskammer in Ausschüssen und auch in Beratungen mit führenden Genossen im Zentralkomitee der SED Einfluß auf die Entscheidungen und auf die Pläne ausüben konnte. ... Auch die westlichen Parlamente, selbst in den besten parlamentarischen Demokratien, sind zum Teil Orte, in denen Theater veranstaltet und nur der Anschein erweckt wird, als ob die Entscheidungen dort gefällt werden. Wenn man noch hinzufügt und bedenkt, daß diese Zeiten damals wild, schwierig und voller Not waren, mit ungeheuren Spannungen zwischen Ost und West, der Gefahr eines Atomkrieges, schärfster Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA, dann kann man verstehen, daß man alle diese Erscheinungen damals eben nicht so ernsthaft und ausgewogen miteinander verglichen hat. Wir haben mehr an das ferne Ziel des Kommunismus als an den Augenblick des Tages gedacht.“ (6) Später sprach er sich für einen Verhandlungsstil in der Volkskammer aus, „bei dem die Abgeordneten nicht mehr alles von fertigen Manuskripten ablesen, die vorher geprüft und genehmigt wurden, sondern in freier Rede sprechen, in der ein Abgeordneter wirklich seine Meinung ungeniert und offen aussprechen kann, ohne dafür bestraft zu werden. Von den Abgeordneten, die es jetzt in der Volkskammer gibt, braucht man doch nicht zu befürchten, dass sie irgendwelche schlimmen und feindseligen Dinge sagen.“ (7)

Nach seiner Vertreibung aus den Westberliner Ämtern 1950 war Robert Havemann endgültig in die DDR übersiedelt. Als Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Berliner Humboldt-Universität konnte er seine früheren Forschungen zur Eiweißchemie fortsetzen, zugleich wandte er sich seit Anfang der fünfziger Jahre auch philosophischen Fragen der Naturwissenschaften zu. Er nahm teil an Diskussionen über philosophische Probleme der modernen Physik und setzte sich mit dem „naturphilosophischen“, dogmatischen und apodiktischen Stil des Philosophierens auseinander. Angeregt durch den XX. Parteitag der KPdSU 1956 plädierte er für einen dialogischen, offenen Diskurs des Philosophierens in den Wissenschaften. Trotz seiner aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten zur offiziellen Politik, wurde er 1961 Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften

und war er Vorsitzender des Beirates für Chemie beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten zur Photo- und Magnetochemie war er einer der Pioniere der physiko-chemischen Forschung in der DDR. Als Volkskammerabgeordneter, Studentendekan und Prorektor für Forschung der Humboldt-Universität sowie als Mitglied des Friedensrates oder in anderen gesellschaftlichen Funktionen bewältigte Robert Havemann eine umfangreiche propagandistische Wirksamkeit ob als begeisterter Redner auf Massenmeetings, wie auch als Autor von wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Aufsätzen – ohne Karrierestreben, sondern aus innerer Überzeugung.

In den 60er Jahren wurde Robert Havemann dann zum bedeutendsten und bekanntesten Systemkritiker in der DDR. Er äußerte prinzipielle marxistische Kritik an den politischen Verhältnissen und ging damit den Weg eines zunehmenden unversöhnlichen Gegensatzes zur Führung der SED. Für ihn war „der Stalinismus ... keine für den Sozialismus typische Herrschaftsform. Im Gegenteil, er widerspricht allen Grundforderungen und Prinzipien des marxistischen Sozialismus (8). ... Als Kommunist bin ich mit aller Entschiedenheit dagegen, dass in der DDR der Kapitalismus restauriert wird, aber ich bin auch mit aller Entschiedenheit dafür, dass die Bürger eines sozialistischen Staates das Recht haben, die Politik ihrer Regierung und der Partei öffentlich rücksichtslos zu kritisieren (9).“ Er sah darin keine Schädigung des Sozialismus, sondern die wirksamste Form seiner Verwirklichung. Freimütige Formen der Diskussion seien die Basis eines „demokratischen Sozialismus“. Dazu erarbeitete er später in den Ansätzen ein Programm für ein Leben im Sozialismus. Wegen seinen kritischen Wertungen und seinen regimeabweichenden Wintervorlesungen 1963/ 1964 wurde er schließlich nach und nach von all seinen Ämtern und Funktionen enthoben, aus der SED ausgeschlossen. (10) Zu den Volkskammerwahlen 1963 war er schon nicht wieder als Kandidat nominiert worden. Dem faktischen Berufsverbot folgten Überwachung, Hausarrest und weitere Repressalien durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Sein Name Havemann wurde aus der DDR-Literatur getilgt; ob als Widerständler gegen die Nazidiktatur, als Mitglied des Kulturbundes und dessen Abgeordneter der Volkskammer, als Streiter für eine weltweite Friedensbewegung gegen Atomaufrüstung oder als herausragender Wissenschaftler. Er blieb seinen Idealen dennoch treu, begrüßte die Ereignisse in der ČSSR zum „Prager Frühling“ 1968 als „eine Zeit der großen Hoffnungen“ (11) und lehnte die Ausbürgerung des Liedermachers Wolfgang Biermann aus der DDR ab. 1970 schrieb er: „Hätte ich mir das früher je träumen lassen, daß ich einmal einen Kampf gegen den Staat zu führen haben würde, den ich nicht nur voller Begeisterung mit begründet hatte, sondern den ich auch heute noch für die in Deutschland historisch entscheidende Errungenschaft des internationalen Kampfes für den Sozialismus halte!“ (12) Die DDR blieb für ihn dennoch ein bedeutendes Fortschrittspotential, das nur durch eine falsche Politik seiner Führungsriege deformiert worden war. (13) Er hielt sie für den

Staat im geteilten Land, „der zur Überwindung von Kapitalismus und Faschismus in Deutschland entscheidend beitragen kann“ (14).

Bis zu seinem Tode am 9. April 1983 in Grünheide bei Berlin wirkte er für einen demokratischen Sozialismus und suchte in diesem Sinne über westdeutsche Medien, die ihn zuvor völlig negiert hatten, auf Politik und Gesellschaft in der DDR Einfluß zu nehmen. (15) 1989/1990, kurz vor dem Untergang der DDR, erfolgte seine öffentliche Rehabilitierung durch alle parteilichen und staatlichen Institutionen.

Anmerkungen:

- (1) Robert Havemann: Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Hrsg. M. Wilke, Reinbek 1978, S.35/36.
- (2) Ebenda, S. 37/38.
- (3) Ebenda, S.38.
- (4) Robert Havemann: Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Biographie eines Marxisten. München 1970, S.64/65.
- (5) Robert Havemann: Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“. Hrsg. H. Jäckel. Berlin 1990, S.51 ff. u. S.79 ff.
- (6) Ein deutscher Kommunist, a.a.O., S.72.
- (7) Ebenda, S.99.
- (8) Fragen, Antworten, Fragen, a.a.O., S.55.
- (9) Ebenda, S.263.
- (10) Siehe hierzu auch Robert Havemann: Dialektik ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme. Hrsg. D. Hoffmann. Berlin 1990.
- (11) Rückantworten..., a.a.O., S.144.
- (12) Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemten. Hrsg. D. Hoffmann/H. Laifko. Berlin 1990, S.41.
- (13) Ebenda, S.65.
- (14) Fragen, Antworten, Fragen, a.a.O., S.279.
- (15) Siehe ferner Robert Havemann: Dokumente eines Lebens. Berlin 1991.

Berliner Zeitung

11. Jahrgang
Donnerstag, 28. Mai 1958
Meldungen: 11 Pf.
Nr. 111

Ein neuer Schritt vorwärts:

Volkskammer beschloß zahlreiche Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lebenslage

Lebensmittelkarten abgeschafft / Einheitliche Preise für alle Lebensmittel / Neue Lebensmittelpreise wesentlich niedriger als bisherige HO-Preise / Preissenkung für eine Reihe weiterer Nahrungs- und Genussmittel / HO-Gaststättenpreise gesenkt / Preissenkung bei verschiedenen Industriewaren / Lohnzuschläge für alle Arbeiter und Angestellten mit einem Monatslohn bis zu 800 DM / Erhöhung der Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte mit geringem Einkommen / 20 DM Kindergeld für alle Arbeiter und Angestellten / Erhöhte Gehurtenbeihilfen / Zuschläge für Rentner und Studenten / Neue Erfassungs- und Aufkaufspreise

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Berlin, Freitag, 7. Juli 1949
Sechster Anhang 7 Monatsheft 18 Pf.

Volkskammer beschließt historisches Dokument für den Frieden der Nation

DER DEUTSCHE FRIEDENSPLAN

Das sind die Vorschläge:

Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und Regierungen beider deutscher Staaten. Sie soll arbeiten:

1. Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag
2. Ein Abkommen des guten Willens zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten

Der Friedensvertrag regelt den Status Westberlins als neutrale Freie Stadt

Die Deutsche Konföderation — der einzig reale Weg zur Wiedervereinigung auf der Grundlage friedlicher Koexistenz

Volkskammer unterbreitet den Deutschen Friedensplan der Bonner Regierung, dem Bundestag und dem ganzen deutschen Volk

Der Inhalt des Friedensplans ist ein Dokument der deutschen Arbeiterbewegung, das die Forderungen der Arbeiterbewegung in der DDR und in Westberlin enthält. Es ist ein Dokument der deutschen Arbeiterbewegung, das die Forderungen der Arbeiterbewegung in der DDR und in Westberlin enthält. Es ist ein Dokument der deutschen Arbeiterbewegung, das die Forderungen der Arbeiterbewegung in der DDR und in Westberlin enthält.

Friedrich Ebert (1894-1979) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1949 bis 1979



Friedrich Ebert, geboren am 12. September 1894 in Bremen; Besuch der Mittelschule, Lehre als Buchdrucker; 1910 Mitglied der SAJ, 1913 der SPD und der Gewerkschaft; 1919 bis 1933 Redakteur des „Vorwärts“ und der „Brandenburger Zeitung“; 1927 bis 1933 Abgeordneter des Stadtparlaments von Brandenburg/Havel und von 1928 bis 1933 des Deutschen Reichstages;

1933 „Nein“ im Reichstag zum Hitlerschen „Ermächtigungsgesetz“; wegen antifaschistischer Gesinnung in den Konzentrationslagern Oranienburg, Popenburg, Börgermoor und Lichtenburg inhaftiert; danach Kontakte zum gewerkschaftlichen und kommunistischen Widerstand; 1943 bis 1945 wohnhaft in Berlin-Karow, Spinolastraße 32;

1945/46 Landesvorsitzender der SPD Brandenburg, ab 1946 einer der paritätischen Landesvorsitzenden der SED und in führenden zentralen Positionen der SED; 1948 bis 1967 Oberbürgermeister von Berlin;

1948 Mitglied des Deutschen Volksrates, 1949 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer der DDR, ab 1950 der offiziell gewählten und bis 1963 ihr Vizepräsident; 1951 bis 1958 Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft; 1957 bis 1964 Präsident des Städte- und Gemeindetages; ab 1960 Mitglied und ab 1971 Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR; ab 1971 bis zu seinem Tode am 4. Dezember 1979 Vorsitzender der SED-Fraktion in der Volkskammer; beigesetzt in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 gehörte wie die zuvor geschaffene Einheit der Arbeiterbewegung durch den Zusammenschluß von KPD und SPD zum lang ersehnten Lebensziel von Friedrich Ebert. Der Ostteil der Stadt, dem er seit dem Oktober 1948 als Oberbürgermeister vorstand, wurde zur Hauptstadt des zweiten deutschen Staates. Am 11. Oktober eröffnete er in den Abendstunden in der Straße Unter den Linden die Massenkundgebung der 800.000 (!) - Berliner und Werktätigen aus allen Teilen der jungen Republik - mit den 200.000 (!) Abgesandten der Freien Deutschen Jugend, die ein Bekenntnis zu diesem Arbeiter- und Bauern-Staat ablegten und die Wahl des einstigen Tischlers zum Präsidenten feierten. 1969, zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR würdigte Friedrich Ebert die Bildung der DDR als eine geschichtlich bestimmende Tat in der deutschen Geschichte: „In der Deutschen Demokratischen Republik wurde mit der Politik der Aggression, der Revanche, mit der

Eroberung fremder Territorien und mit der Unterwerfung anderer Völker ein für allemal Schluß gemacht. Frieden, Demokratie und Sozialismus, das sind die unverrückbaren Grundpfeiler unserer Politik, die sich seit 20 Jahren bewährt und uns hohe nationale und internationale Autorität eingebracht hat. ... Rassenhetze, Völkerhaß und Kriegspropaganda sind bei uns durch Verfassung und Gesetze verboten. Die auf Frieden, europäische Sicherheit und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Völkern gerichtete Außenpolitik unseres Staates ist bei uns Verfassungsrecht und -wirklichkeit. Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat in der Geschichte Deutschlands, der den Frieden zum obersten Prinzip seiner Politik gemacht hat."

Friedrich Ebert gehörte seit Gründung der DDR der Volkskammer an. Von 1950 bis 1963 war einer der Vizepräsidenten, danach saß er als einfacher Abgeordneter der SED in der Volksvertretung. Er war mit seiner Funktion als Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin voll ausgefüllt, wo er reiche kommunalpolitische Erfahrungen sammeln konnte und Ostberlin zu einem aufblühenden wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zentrum machte. Als er 1967 sein Amt nach 19 Jahren niederlegte, schickte ihn seine Partei, deren Politbüro er angehörte, als Vertreter der SED-Führung zu verschiedenen repräsentativen Veranstaltungen ins In- und Ausland. Für ihn stand fest: „Wer mit der Sowjetunion verbündet ist, gehört zu den Siegern der Geschichte!“ Als Vorsitzender der „Arbeitsgruppe zu Fragen der Sozialdemokratie“ charakterisierte er als ehemaliger Sozialdemokrat den „Sozialdemokratismus als eine spezifische Variante der bürgerlichen Ideologie“.

Nach dem Tode des Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, beschloß die Volkskammer am 12. September 1960 einen Staatsrat der DDR als das neue, ständig arbeitende Organ der obersten Volksvertretung zu bilden. Zwischen den Tagungen der Volkskammer hatte diese neue Institution die grundsätzlichen Aufgaben, die sich aus den Gesetzen und Beschlüssen der Volkskammer ergaben, zu erfüllen. Dem Staatsrat gehörten der Präsident der Volkskammer, der Vorsitzende des Ministerrates (Ministerpräsident), die Parteivorsitzenden der Parteien CDU, LDPD, NDPD und DBD als Stellvertreter sowie weitere 16 ausgewählte Mitglieder und ein Sekretär an. Walter Ulbricht von der SED war der erste Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Ebert als Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin einer der Mitglieder.

Nach den Volkskammerwahlen im November 1971 wurde Friedrich Ebert zum Vorsitzenden der SED-Fraktion und zu einem der Stellvertreter des Volkskammerpräsidenten gewählt, zugleich avancierte er zu einem der sechs stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates. Da der als Erster Sekretär der SED entmachtete Ulbricht „krankheitsgeschwächt“ nicht in der Lage, den Vorsitz des Staatsrates auszuüben, wurde Ebert zum „Amtierenden Stellvertreter“ bestimmt, allerdings nicht gesetzmäßig durch die Volkskammer als dem gewählten Organ, sondern durch das Politbüro der SED.



Als Abgeordneter bei den örtlichen Ferienspielen in Pankow

Es wurde durch den Staatsrat versucht, einen neuen Arbeitsstil zur besseren Verbindung mit der Bevölkerung einzuführen. Die überzogenen Befugnisse des Staates wurden zu Gunsten der Volkskammer und der Regierung drastisch zurückgenommen; die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre verlängert, um eine Übereinstimmung mit der 5-Jahr-Planung in der Wirtschaft zu erreichen. Als Verantwortlichem wurde Ebert sowohl im Staatsrat als auch im Parteiapparat des Zentralkomitees der SED die wichtige Abteilung Staats- und Rechtsfragen übertragen. Es wurde mit einer Umarbeitung der seit 1968 gültigen Verfassung der DDR begonnen, die von der Volkskammer am 27. September 1974 verabschiedet werden sollte, diesmal jedoch ohne eine vorherige Volksausprache.

Im Juli 1973 erfolgte durch die Volkskammer die Verabschiebung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe. Eine vorangegangene halbjährige öffentliche Diskussion über den Gesetzentwurf stärkte die Urteilsbildung über „sozialistische Demokratie“, bestimmt von den Erfahrungen der Bürger in ihrer Zusammenarbeit mit den gewählten Abgeordneten, den Bürgermeistern und den Mitarbeitern in den Rathäusern. Die Festigung der sozialistischen Staatsmacht sollte nach Eberts Meinung dadurch erreicht werden, indem die zentrale staatliche Leitung und Planung der Gesellschaft auf allen Gebieten zu qualifizieren sei, verbunden mit den schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen. Er setzte dabei auf eine „sozialistische Demokratie“, die alle Lebensbereiche der Bürger durchdringen sollte. Für ihn war das eine Grundvoraussetzung für das Ziel, eine „sozialistische Menschengemeinschaft“ in der DDR zu erreichen. Allerdings möchte er dabei von einer Bevormundung durch die Partei keine Abstriche.

Nach der Konferenz der Internationalen Parlamentarischen Union 1973 in Helsinki/Finnland, auf der Friedrich Ebert die DDR-Delegation geleitete hatte, brach der bis dahin unüberbrückbar scheinende Damm der Isolation der DDR zusammen. Einhundert Staaten unseres Erdballs nahmen die diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

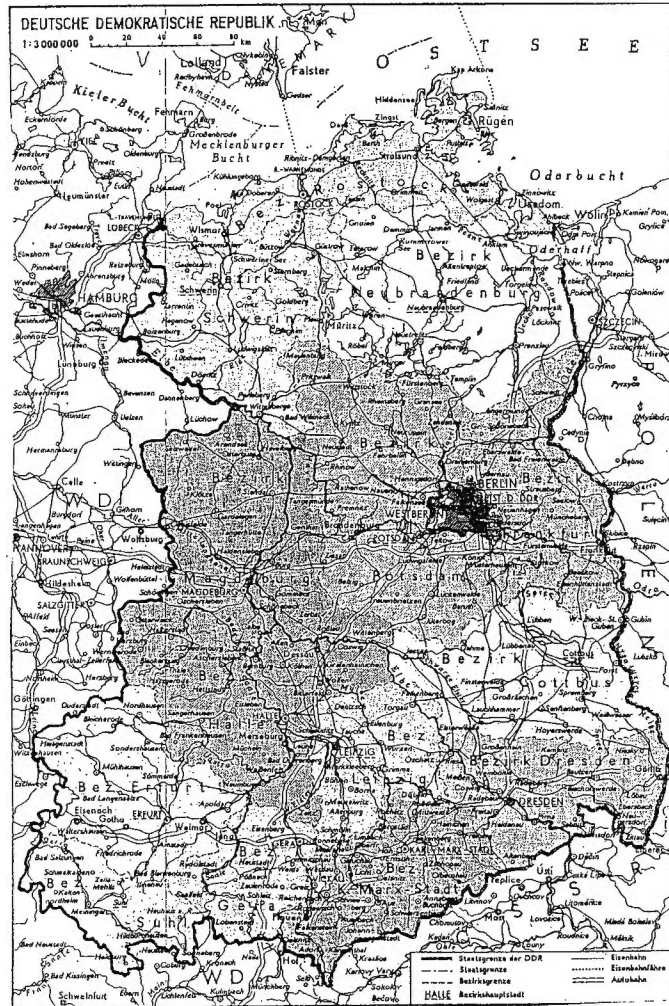
Nach dem Tode des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, im Jahre 1973 hoffte Friedrich Ebert vergeblich, das Erbe seines Vaters – des ersten Staatspräsidenten der Weimarer Republik von 1920 bis 1925 – nun unter sozialistischem Vorzeichen nachvollziehen zu können und Staatsoberhaupt der DDR zu werden. Doch statt dessen wurde Willi Stoph (SED) neuer Staatsratsvorsitzender.

Am 3. Oktober 1973 wurde Ebert wiederum in die Volkskammer gewählt. Er übernahm erneut den Vorsitz der SED-Fraktion. Am 4. Dezember 1979 verstarb er nach einem Herzinfarkt.

Seine ihm 1967 vom Ostberliner Magistrat übertragene Ehrenbürgerschaft der Stadt Berlin wurde ihm 1992 vom Westberliner Senat aus politischen Motiven wieder aberkannt.

Literatur

- Friedrich Ebert: Der Sozialismus – die Zukunft Deutschlands. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1959 – 1964. Berlin 1964.
- Friedrich Ebert: Der Sozialismus – Glück und Wohl des Volkes. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1964 -1969. Berlin 1969.
- Friedrich Ebert: Sozialistische Demokratie – Pulsschlag des Lebens. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1979 -1974. Berlin 1974.
- Friedrich Ebert: Einheit der Klasse – Macht der Klasse. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1979.
- Hans Maur: Karower Persönlichkeiten. Abgeordnete des Deutschen Reichstages. Schriftenreihe „Zwischen Panke und Laake“, H. 1/2003.
- Norbert Podewin: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner: Friedrich Ebert (1871-1925), Friedrich Ebert (1894-1979). Eine Doppelbiographie. Berlin 1999.



Territorium der DDR bis 1990

Dr. Hans Watzek (1932) Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1963 bis 1990



Hans Watzek wurde am 10. Oktober 1932 im tschechischen Niemes in Nordböhmen geboren. Seine Eltern hatten dort einen Bauernhof. Als Junge besuchte er die Mittelschule, deren Besuch er allerdings 1945 durch die auf den Bestimmungen der Alliierten Siegermächte beruhende Aussiedlung der Familie abbrechen mußte. Seine Eltern kamen in die damals sowjetisch besetzte Zone nach Könnern im Saalekreis. Hier erhielten sie Dank der von den neuen antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorganen durchgeführte Bodenreform Land. Sie konnten sich so eine eigene Neubauernwirtschaft aufbauen, eine neue Existenz sichern.

Nach Schulabschluß nahm Hans Watzek eine landwirtschaftliche Lehre auf, um sich danach an der Fachschule für Landwirtschaft weiter zu bilden. 1952 hatte er das Diplom eines staatlich geprüften Landwirts in der Tasche. Noch als Student war er Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) geworden. Die DBD war am 29. April 1948 gegründet worden. Sie verstand sich als Interessenvertreterin der werktätigen Bauernschaft und der mit ihr verbundenen Berufsschichten. Sie fühlte sich der neuen antifaschistisch-demokratischen und späteren sozialistischen Umgestaltung auf dem Dorfe zugetan, vor allem lag ihr die Sicherung der demokratischen Bodenreform und die Hilfe für die Neubauern am Herzen; danach hatte sie ihre Hauptstütze in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und in den Volkseigenen Gütern. In vielen Dörfern gab die Bauernpartei den Ton an. Sie stellte den Bürgermeister, Vorsitzende und Führungskräfte in den LPGen, Vorsitzende von Ortsausschüssen der Nationalen Front, beeinflussten das Kulturgeschehen, die Dorfakademie und den Konsum, trugen staatliche Verantwortung auf Kreis-, Bezirks- und Regierungsebene. Die DBD bekannte sich zu einem Bündnis mit der Arbeiterklasse, bejahte die führende Rolle der SED in der Gesellschaft und hatte sich dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – der SED, CDU, LDPD, NDPD und DBD angehörten – angeschlossen.

Hans Watzek begann 1952 ein weiteres Studium, dass er an der Deutschen Akademie für Staat und Recht in Potsdam wahrnahm. Mit dem Abschluß bekam er den wissenschaftlichen Titel „Diplom-Wirtschaftler“ verliehen. Die begonnene praktisch-wissenschaftliche Arbeit setzte er fort und war ab 1955 zunächst Assistent an der Maschinen-Traktoren-Station (MTS) in Ivenack und danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Landwirtschaft in Bernburg. Die MTS waren staatliche Betriebe, die den Bauernwirtschaften und Landwirtschaftlichen Genossenschaften land-

wirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Verfügung stellten. Dieses Zusammenwirken untersuchte Watzek und promovierte 1962 mit einer Dissertation zur leihweisen Übergabe der MTS-Technik an die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zum Dr.rer.pol.. Seine Niederschrift enthielt neue konstruktive Überlegungen, die helfen sollten die vollgenossenschaftliche Entwicklung in den Dörfern der Republik zu stärken.

Gleich anderen Agrarwissenschaftlern übernahm er 1962 die Leitung einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft mit einem bis dahin niedrigen Produktionsniveau. Er wurde Vorsitzender der LPG „12. Juli“ in Brietzig im Kreis Pasewalk. Mit diesem Kollektiv der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern gelang es ihm in kurzer Zeit wichtige Prinzipien eines wirtschaftlich stabilen sozialistischen Musterbetriebes zu entwickeln und anzuwenden. Mit diesem Ergebnis wurde er 1963 in den Parteivorstand der DBD gewählt. Seine Partei nominierte ihn als Kandidaten für die Einheitsliste der Nationalen Front zu den Volkskammerwahlen am 20. Oktober 1963.

Die Volkskammer war die oberste Volksvertretung der DDR. Sie wurde in der Regel auf vier, später auf fünf Jahre gewählt. Alle fünf Parteien und weitere Massenorganisationen hatten zuvor auf einer Einheitsliste ihre Kandidaten benannt. Die Wahlen zur Volkskammer, wie auch die zu den Kommunen, Kreis- und Bezirkstagen, waren verbunden mit Aussprachen der Kandidaten mit ihren Wählern in den Wohnbereichen und in den Betrieben zur politischen und sozialen Lage. Auch zwischen den Wahlen hatten die gewählten Abgeordneten jährlich bis zu fünfzig Wahlkreistermine. Solcherart von Verbindungen zu seinen Wählern wurden auch von Dr. Hans Watzek genutzt, sie waren wichtig für die Bürgernähe des Abgeordneten. In der Volkskammer saßen ab 1963 konstant 500 Abgeordnete, die wie folgt den einzelnen Fraktionen zugehörig waren: 127 der SED, je 52 der CDU, LDPD, NDPD und DBD, 68 dem FDGB, 40 der FDJ, 35 dem DFD und 22 dem Kulturbund. Die Volkskammer tagte ab 1976 im „Palast der Republik“ am Marx-Engels-Platz in Berlin; zuvor war man in der Kongreßhalle am Alexanderplatz zusammengekommen.

Dr. Hans Watzek wurde im Oktober 1963 erstmals in die Volkskammer der DDR gewählt. Er gehörte zu den 102 Abgeordneten, die in den verschiedensten Fraktionen aus Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kamen, darunter auch 35 Bäuerinnen. In den 15 Ausschüssen wurden die vom Ministerrat oder dem Staatsrat vorgegebenen Gesetzentwürfe beraten. Arbeitsgruppen kontrollierten die Wirksamkeit der Beschlüsse der Volkskammer in der Praxis. Dr. Hans Watzek war ab 1971 stellvertretender Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses, wie auch Vorsitzender der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe DDR – Belgien.

Auch im Volkskammerausschuß erwartete ihn ein immenser parlamentarischer Druck, neben seiner eigentlichen Arbeit. Nach dem Untergang der DDR wurde immer

wieder das Argument zu Felde geführt, die Volkskammer sei eine bloße „Abstimmungsmaschine“ gewesen. In einer jüngst erschienenen Untersuchung wurden dem widersprechende Details vorgelegt. So ist darin davon die Rede, dass allein in der 6. Wahlperiode von 1971 bis 1976 nicht nur die 18 Plenarsitzungen der Volkskammer stattfanden, die in dieser Zeit 61 Gesetze verabschiedete, sondern auch noch 32 zuvor tagende Sessionen des Verfassungs- und Rechtsausschusses. Hinzu kamen für diesen Ausschuß weitere 52 Beratungen in den Arbeitsgruppen und 38 AG-Einsätze. Sicher konnte Watzek nicht an allen Beratungen teilnehmen. Die Fülle zeigt aber die enormen Belastungen der Abgeordneten. Bis zur Annahme des LPG-Gesetzes im Jahre 1982 durch die Volkskammer, hatten sich 850.000 Bürger, vorwiegend in den ländlichen Gegenden, an den Diskussionen über den Gesetzentwurf beteiligt. Es fehlte dabei nicht an kritischen Hinweisen, von denen 170 in dem zu verabschiedenden Gesetz aufgenommen wurden. Während der Abgeordnetentätigkeit von Dr. Hans Watzek wurden so bedeutsame Gesetze von der Volkskammer resoliert, wie 1965 das Familiengesetzbuch, 1968 die Verfassung der DDR – zuvor bereits in einer Volksabstimmung von einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung bejaht –, 1974 das Jugendgesetz – zuvor mit 5,4 Millionen Bürgern, zumeist Jugendlichen, beraten, 1975 das Zivilgesetzbuch oder 1985 das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen.

Im Bezirk Neubrandenburg war Dr. Hans Watzek als LPG-Vorsitzender bereits 1963 auch Mitglied des Bezirkslandwirtschaftsrates geworden. Diese Räte waren neu gebildet worden und sollten für alle Fragen der Landwirtschaft, einschließlich ihrer Beziehungen zu den anderen Wirtschaftszweigen ihres territorialen Bereichs, zuständig sein. Ihre Mitglieder waren Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern, Landarbeiter, Agrarwissenschaftler, Staats- und Parteifunktionäre, die auf Bauernkonferenzen berufen worden waren. 1965, als seine LPG „12. Juli“ sich weitestgehend gefestigt hatte, wechselte er seine Arbeitsstätte. Er ging auf Grund seiner reichen praktischen Erfahrungen als Direktor an das Institut für Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes. Er wurde ein vielbeschäftigter Funktionsträger im damaligen Bezirk Neubrandenburg, so als Vorsitzender der URANIA, als Vorsitzender des Bezirksausschusses der Nationalen Front sowie als Mitglied des Nationalrates der Nationalen Front.

Im Sommer und Frühherbst 1989 spitzte sich die gesellschaftliche Krise in der DDR dramatisch zu, tiefgreifende politische Deformierung des gesellschaftlichen Systems, Mißachtung von politischen und persönlichen Menschenrechten, die Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Mai 1989, die Massenflucht von DDR-Bürgern sowie eine negative Wirtschafts- und Versorgungslage prägten zunehmend die Lage und öffentliche Meinung im Lande. Der eingetretene Vertrauensverlust durch eine verfehlte Politik der Schönfärberei und des Unfehlbarkeitsanspruches der politischen SED-Führung forderten eine gesellschaftliche Lösung heraus. Im November 1989 trat Dr. Hans Watzek als Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft in die



Festveranstaltung zu 40 Jahre Bauernpartei



Bauernproteste
im „Wendejahr“ 1990

neugebildete DDR-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Hans Modrow ein. Es war die Suche nach einem Ausweg aus der Krise. Er arbeitete in dieser Regierung an einer umfassenden Gesetzgebung zur Agrarreform sowie zum Beistandsschutz der DDR-Landwirtschaft im Zuge des anstehenden Vereinigungsprozesses und bei der Garantieerklärung der Regierung der UdSSR für die Enteignungen bei der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 mit. Er wies sich in der Modrow-Regierung als Verteidiger der Bodenreform aus. Für ihn war diese demokratische Umwälzung auf dem Dorfe aus historischer Sicht ein Nachholen von Forderungen und Ergebnissen bürgerlicher Revolutionen, aus politischer und ökonomischer Betrachtung ging es um die Entmachtung einer politischen Kaste, die Repräsentanten und Vollstrecker einer konservativen, militaristisch-reaktionären Politik in Deutschland gewesen waren. Im Ergebnis der Bodenaufteilung waren 210.280 Neubauernbetriebe mit bis zu 10 Hektar Land entstanden. Vielen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten ausgesiedelten Familien war eine neue Existenzgrundlage gegeben worden. 82.480 landwirtschaftliche Kleinbetriebe hatten Landzuteilungen erhalten; fast 200.000 Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Dorf bekamen Bodenparzellen. In der späteren Anlage III zum Staatsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands konnte festgeschrieben werden, „dass die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitsrechtlicher Grundlage (1945-1949) nicht mehr rückgängig zu machen sind“.

Dr. Hans Watzek wurde auf dem außerordentlichen Parteitag der DBD im Januar 1990 erneut in den Parteivorstand, wie auch als Mitglied in das Präsidium seiner Partei gewählt. Im März standen Neuwahlen zur Volkskammer an, von der Modrow-Regierung angesetzt. Watzek wurde im Wahlkreis 13/Bezirk Rostock wiederum in die Volkskammer geschickt. Er war einer von den neun gewählten Abgeordneten der Bauernpartei in der letzten Volksvertretung der DDR. Sein Amt als Minister mußte er mit der Bildung der Regierung unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) abgeben, wurde aber Vorsitzender des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft der Volkskammer. Aus der Absicht der nunmehrigen Regierung, „die Einheit muß so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig wie nötig sein“ (de Maiziere in seiner Regierungserklärung) wurde allerdings wenig. Neben einem großen Stab bundesdeutscher Berater und Gutachter kontrollierte ab dem 1. Juli 1990 die eingeführte D-Mark bereits die „Noch-DDR“.

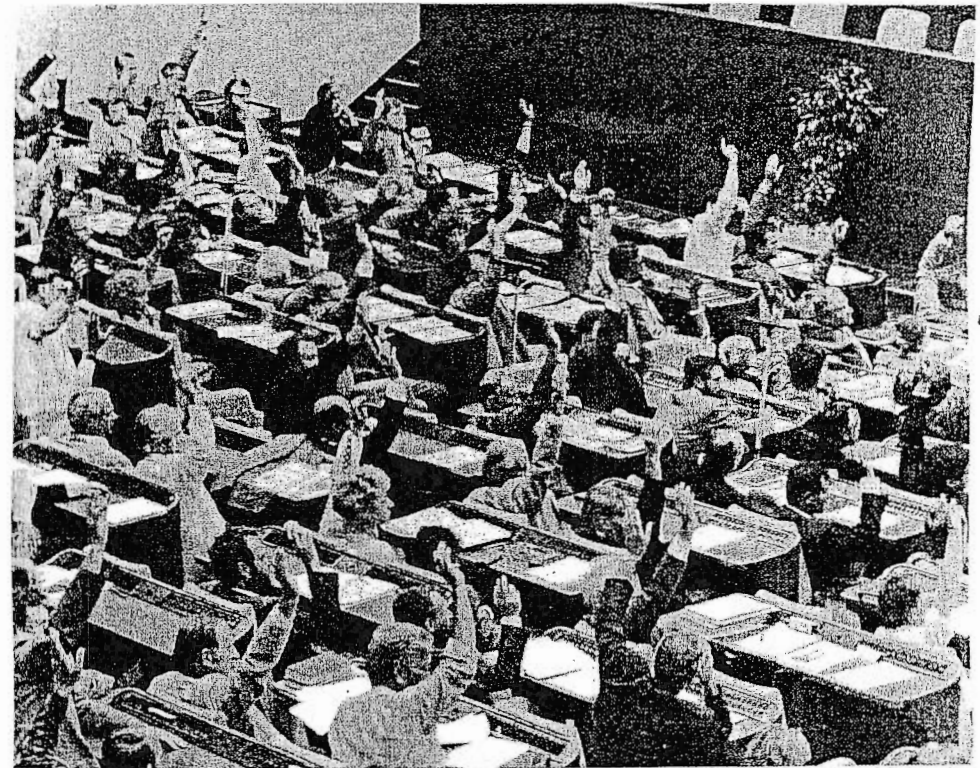
Dr. Hans Watzek war mit der Rolle „liberal-konservativer“ Kräfte in seiner Partei im Vereinigungsprozeß unzufrieden, die sich der westdeutschen CDU regelrecht anbiederten. Er wechselte deshalb im Juli 1990 zunächst die Fraktion. Von den neun DBD-Abgeordneten der Volkskammerfraktion traten drei zur SPD-Fraktion, einer zur FDP und vier zur CDU über, einer wirkte als Parteiloser weiter. Watzek schloß sich

der SPD-Fraktion an, bis er im September 1990 auch aus der DBD austrat. Die Bauernpartei hatte inzwischen ohne Parteitagsbeschluss wider Recht und Gesetz den Beitritt zur CDU herbeigeführt, ohne eine kritische Prüfung und Bewertung vorzunehmen, ob die CDU überhaupt Willens sei, die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung und die Organisationsformen ihrer genossenschaftlichen Produktion sowie die Ergebnisse der demokratischen Bodenreform zu garantieren. Da das nicht geschehen war, traten nur zwischen 6.000 bis 7.000 der insgesamt 125.000 Parteimitglieder der CDU bei, wobei ein nicht geringer Teil in der Folgezeit diese Partei wieder verließ. Seitdem ist Dr. Hans Watzek parteilos. Mit dem völligen Ende der DDR am 3. Oktober 1990 ging er in den Ruhestand. Seit Anfang der 90er Jahre wohnt er mit seiner Familie in der Karower Bahnhofstraße.

Der überstürzte Anschluss der DDR an die BRD, begleitet von Wahlversprechungen und „blühenden Landschaften“ hatte verheerende Folgen. Aus „Brüdern und Schwestern“ wurden „Wessis und Ossis“. Es folgte die Demütigung von Millionen Ostdeutschen, eine politische Ausgrenzung Hunderttausender unter Verletzung des Grundgesetzes der BRD (!), eine Zerstörung der Wirtschaftsstruktur mit Massenarbeitslosigkeit, sozialen Spannungen und rechtsradikalen Tendenzen. Dr. Watzek befaßt sich auch weiterhin mit der gegenwärtigen Agrarpolitik und zeigte erst in jüngsten Veröffentlichungen Bilanzen und Alternativen einer sozialen und ökonomischen Landwirtschaft im Bereich der Europäischen Union auf. Des weiteren arbeitet er im „Berliner Alternativen Geschichtsforum“ mit.

Literatur

- Autorenkollektiv: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Berlin 1965.
- Günther Maleuda/Herbert Kelle: Gegen das Vergessen: Zum Aufbruch in der Volkskammer der DDR im November 1989. Eggersdorf 1994.
- W. J. Patzelt/R. Schirmer (Hrsg.): Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Wiesbaden 2002.
- O. Unger/I. Fiedler/R. Acker: Wahlsystem und Volksvertretungen in der DDR. Berlin 1988.
- Hans Reichelt: Blockflöte oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschland (DBD) 1948 bis 1990. Berlin 1997
- Hans Watzek: Zur Bodenreform 1945/47. In: Zum deutschen Neuanfang 1945-1949, Bonn 1993, S.188 ff.
- Hans Watzek: EU-Agrarpolitik auf dem Prüfstand. Bilanz und Alternativen einer sozialen und ökologischen Landwirtschaft. Hamburg 2002.
- Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Frankfurt a.Main 1996.

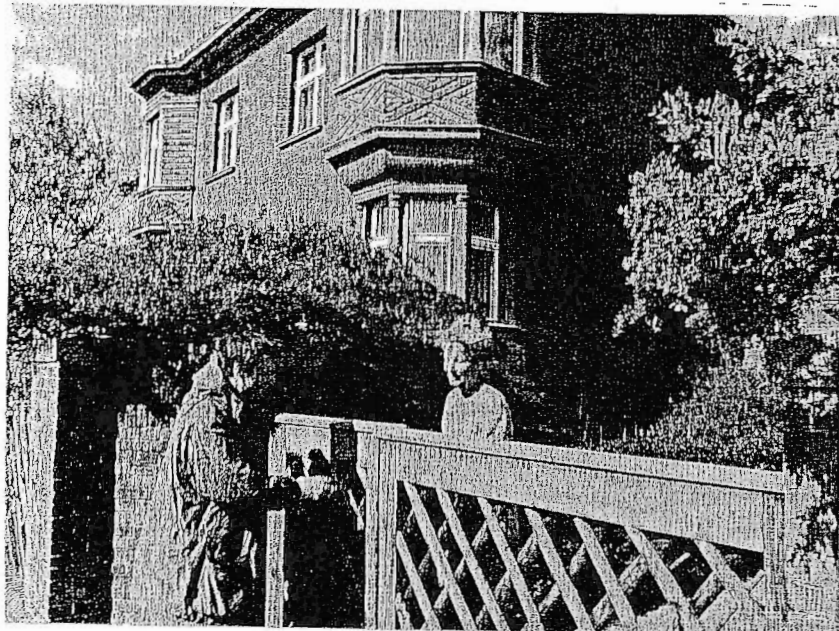


Abstimmung in der Volkskammer
am 23. August 1990 über den Beitritt zur BRD



Wahlkampf
1990

Florastraße 18,
Wohnhaus von
Frau Bergmann-Pohl



Dr. Sabine Bergmann-Pohl (1946)
Abgeordnete der Volkskammer der DDR 1990
und des Deutschen Bundestages der BRD
von 1990 bis 2002



Sabine Bergmann-Pohl wurde am 20. April 1946 in Eisenach, der Stadt am Fuße der historischen Wartburg, geboren. Ihr Vater war Arzt. Schon 1948 zog die Familie vorübergehend in das idyllische, in einer langgestreckten Mulde des Thüringer Waldes gelegene Städtchen Ruhla. Neun Jahre später ging es wieder zurück nach Berlin, wo Vater und Mutter schon zuvor gewohnt hatten. Ihr Vater hatte im Krankenhaus in Berlin-Friedrichshain eine Stelle als Oberarzt in der Unfallchirurgie angenommen. In Berlin, der Hauptstadt der DDR, wurde die Familie zunächst in Hohenschönhausen ansässig, später in Karlshorst. Sabine wuchs als Kind und Teenager in einer familiären Umgebung auf, in der, wenn es um die Politik ging, „mit zwei Zungen“ gesprochen wurde. Der Westberliner Radiosender RIAS, jener in der DDR verschmähte Exponent des „Kalten Krieges“, wurde zu ihrem Lieblingssender, wie sie später in ihren Erinnerungen niederschreiben ließ. In Lichtenberg

besuchte sie die Kant-Oberschule. Nach Abschluß ihres Abiturs wollte sie 1964 Medizin studieren. Jedoch wurde ihr das durch die in der DDR vorherrschende Quotenregelung - Zulassung von 60 Prozent Arbeiter- und Bauernkinder und 40 Prozent „Intelligenzkinder“ - nicht erlaubt. Jedoch konnte sie dank der beruflichen Beziehungen ihres Vaters ein dreijähriges Praktikum am Institut für Gerichtsmedizin der Humboldt-Universität absolvieren. Danach wurde sie doch noch als Studentin an der Medizinischen Fakultät immatrikuliert.

Dem Hochschulstudium folgte am Klinikum in Berlin-Buch eine fünfjährigen Facharztausbildung für Innere Medizin. Während dieser Zeit wohnte sie zunächst im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. In Karow konnte sie in der Boenkestraße (1) ein Grundstück erwerben. Die Boenkestraße verläuft parallel zur Eisenbahnstrecke, einseitig bebaut mit Blick auf den Bahndamm. 1969 begann sie mit ihrem späteren Ehemann Ulrich Pohl auf dem Grundstück Nummer 67, nahe der Leopschützer Straße, ein Häuschen zu bauen, in dem sie mit ihrer jungen Familie von 1971 bis 1976 wohnte. Sie hatte in der Zwischenzeit geheiratet und 1974 und 1979 zwei

Kindern, Franziska und Fabian, das Leben geschenkt. 1976 nahm sie die Gelegenheit beim Schopfe, mit ihrer Mutter ein großes Grundstück mit einer darauf stehenden stattlichen Villa und einem 2.500 qm umfassenden Garten in der Karower Florastraße 18 (2), selbst für die damaligen DDR-Verhältnisse äußerst preisgünstig, zu kaufen. Das zuvor besitzende ältere Ehepaar verließ die DDR und war nach Westberlin verzogen.

Sabine Pohl arbeitete zunächst als Fachärztin am Forschungsinstitut für Lungenkrankheiten. Ihre Ehe ging 1979 auseinander. 1980 promovierte sie zum Dr.med. und sie hatte bald darauf rapide Aufstiegchancen in dem von ihr nicht gerade geliebten Arbeiter- und Bauern-Staat. Ihre bekanntgewordenen „Westkontakte“ waren dabei kein Hindernis. Noch 1980 wurde sie Ärztliche Leiterin der Poliklinischen Abteilung für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Berlin-Friedrichshain. 1981 trat sie der Christlich Demokratischen Union bei, um so einer Werbung durch die SED zu entgehen. Sie ließ sich alsbald in den CDU-Bezirksvorstand der DDR-Hauptstadt wählen.

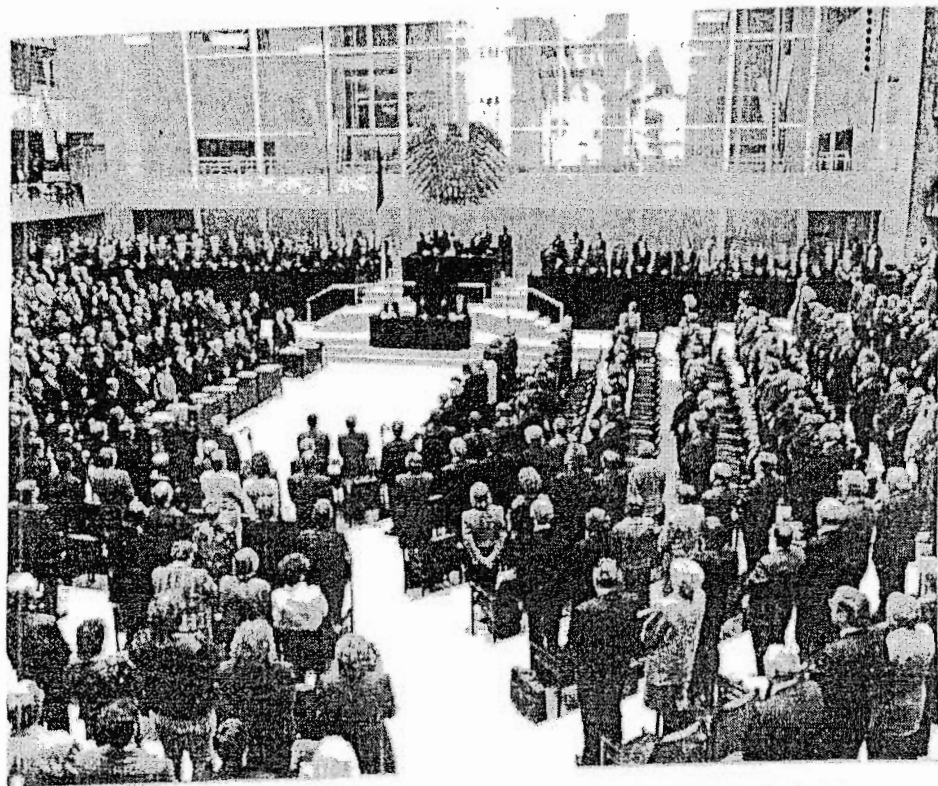
Als Einwohnerin im Berliner Ortsteil Karow war Frau Dr. Pohl in der dortigen CDU-Ortsgruppe als Mitglied organisatorisch erfaßt. Über ihre Aktivitäten hat sie sich später wie folgt geäußert: „Die Arbeit in der CDU-Ortsgruppe in Karow hat mir immer viel Freude gemacht. Wir hatten etwa dreißig Mitglieder, von denen ungefähr die Hälfte aktiv war. Alle waren sehr christlich eingestellt, und wir halfen vor allem unserem Pfarrer bei der Betreuung von Behinderten. Die Kirche war für viele behinderte Jugendliche und Erwachsene oft die einzige Möglichkeit, Hilfe zu finden. Ich konnte aufgrund meiner Kenntnisse im Gesundheitswesen hier wirklich helfen. Die Aussprachen in unserer Ortsgruppe waren sehr offen. Kaum einer nahm ein Blatt vor den Mund, und wer heute behauptet, die CDU-Mitglieder in der DDR seien doch nur `Blockflöten` gewesen, kennt die Arbeit an der Basis nicht.“ Die Karower Mitbürger haben in Erinnerung, dass Mitglieder der CDU bewußt und aktiv im Ortsausschuß der Nationalen Front mitwirkten. Sie setzten sich in diesem Ausschuß ehrenamtlich, wie auch die Vertreter der anderen Parteien und Organisationen, mit für bessere Wohn-, Verkehrs- und Einkaufsbedingungen im Ortsteil Karow ein. Ab Anfang der siebziger Jahre konnten nach der Bahnhofstraße dank der freiwilligen Mithilfe der Anwohner ebenfalls zahlreiche Nebenstraßen asphaltiert, Gehwege mit Platten ausgelegt werden. Später wurden Straßenbäume gepflanzt. Gleichermaßen entstand in freiwilliger Mitarbeit das Kulturhaus „Ottomar Geschke“. 1977 konnte die Konsum-Kaufhalle in der Bahnhofstraße eingeweiht werden. CDU-Mitglieder betätigten sich in den Elternvertretungen der Oberschule bei der „sozialistischen Erziehung“ der Kinder und Jugendlichen, leiteten Arbeitsgemeinschaften an der Schule. Ob in der Volkssolidarität bei der Betreuung älterer Mitbürger oder im Aktiv für Ordnung und Sicherheit, sie taten es aus freien Stücken heraus. Das sollte nicht vergessen werden und braucht heute auch keine Rechtfertigung mit einem Seitenhieb auf die „hohen“ Funktionäre der CDU, wie sie wenig danach niederschreiben ließ: „Natürlich waren Leute wie der Parteivorsitzende Gerald Götting, sein Stellvertreter Wolfgang Heyl und an-

dere CDU-Spitzenfunktionäre von der SED eingesetzt und taten, was diese wollten. Aber das war auch der Grund, warum nur wenige in der Partei bereit waren, Ämter an der Spitze zu übernehmen. Je höher man stieg, desto vorsichtiger mußte man mit seinen Äußerungen sein. Ich habe es dann doch gewagt.“ Wie mutig! Sie wurde ehrenamtliche Vorsitzende des Aktivs für Gesundheits- und Sozialwesen beim CDU-Bezirksvorstand und sie war – nach verstandener Anpassung an die vorherrschenden Machtstrukturen – 1985 Ärztliche Direktorin der Bezirksstelle für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Berlin (Ost) geworden, mit einem Monatsgehalt von 2.500 Mark. Sie muß wohl in der DDR sehr „gelitten“ haben, wie später über sie geschrieben stand. Mancher DDR-Bürger wäre froh gewesen mindestens 1.000,- Mark verdient zu haben. Im Januar 1990 heiratete sie ein zweites Mal, diesmal den Maschinenbau-Ingenieur Jürgen Bergmann.

Mit dem Niedergang der DDR wechselte Dr. Sabine Bergmann-Pohl vollends in die Politik. Sie stieg auf wie „Phönixia aus dem Nichts“. Sie war in Karow außerhalb der CDU-Kreise doch weitestgehend unbekannt geblieben, wenn sie auch angibt, die CDU-Ortsgruppe sei kurz vor der „Wende“ bei ihrem Bezirksvorstand zu einer „konterrevolutionären Zelle“ in ihrer Ostberliner Partei abgestempelt worden.

Am 18. März 1990 fanden bekanntlich die Neuwahlen zur Volkskammer der DDR statt. Sie waren von der „Modrow“-Regierung ausgeschrieben worden. Dr. Sabine Bergmann-Pohl kandidierte in Berlin, dem damaligen Wahlkreis 01, für die CDU. Sie stand hinter Lothar de Maiziere auf Platz 2 der Landesliste. Über ihren Wahlkampf sagte sie später aus: „Wir hatten mit intensiver Unterstützung durch die Westberliner Parteifreunde einen sehr engagierten Wahlkampf gemacht, hatten auch zahlreiche Straßenaktionen organisiert, waren in meinem Kreisverband Weißensee und an meinem Wohnort in Karow regelmäßig unterwegs; donnerstags und sonntags standen wir vor allem vor der Karower Kaufhalle, dicht neben uns der Stand der SPD, von der die meisten glaubten, sie werde am Ende den Wahlsieg davontragen. Die Bevölkerung war hoch motiviert und überaus diskutierfreudig – dieser Wahlkampf hat richtig Spaß gemacht.“

Das Wahlergebnis war für die CDU überwältigend. Für die Gesamt-DDR war ein Wahlerfolg der SPD vorausgesagt worden. Statt dessen wurde die CDU unerwarteter Wahlsieger und erhielt 40,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Berlin, der DDR-Hauptstadt, fiel das Ergebnis für die Christdemokraten allerdings bescheidener aus. Hier gab es für die CDU nur 18,36 Prozent der abgegebenen Stimmen, die SPD erhielt 34,95 %, die PDS 22,05 %. In Karow hatten sich entgegen dem Berliner Trend 30,94 % der Wahlberechtigten für Dr. Sabine Bergmann-Pohl entschieden, das waren immerhin 1.185 der abgegebenen Stimmen. Die SPD bekam 37,3 %, auf die PDS entfielen 13,45 %, auf Bündnis 90 7,0 % und auf die Liberalen 3,4 %. Ähnlich fiel das Ergebnis im Wohnbereich von Frau Dr. Bergmann-Pohl aus. In dem Wahllokal 84, in dem ich damals dem Wahlvorstand angehörte, waren 916 Bürger wahlbe-



Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages am 4. Oktober 1990 im Berliner Reichstagsgebäude

rechtigt. Davon beteiligten sich 867 an der Stimmabgabe, nur zwei Stimmen waren als ungültig erklärt worden. Auf die einzelnen Parteien und Verbände, die sich zur Wahl gestellt hatten, entfielen auf SPD 36,61 Prozent, CDU 30,05 Prozent, PDS 13,64 Prozent, Bündnis 90/Neues Forum/Demokratie jetzt 6,70 Prozent, Bund Freier Demokraten 3,58 Prozent, DSU 3,35 Prozent und Demokratischer Aufbruch 1,62 Prozent. Die heute so viel gepriesenen „Bürgerrechtler“ waren und blieben eine verschwindend unbekannte Minderheit.

Den eindrucksvollen Wahlsieg ihrer Partei sah Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl darin, „dass die CDU dem deutschen Volk die schnelle Wiedervereinigung versprochen“ hatte. Sie war als Abgeordnete in die höchste Volksvertretung der DDR gewählt worden. Ihr politischer Wert sollte sich rasch erhöhen, zumindest zeitweilig. Sie wurde im April 1990, auch für sie selbst völlig überraschend, zur Präsidentin der Volkskammer gewählt und war in dieser Eigenschaft de jure zugleich Staatsoberhaupt der DDR. Turbulente Sitzungen der Volkskammer mußten allerdings von ihrem Vizepräsidenten Reinhard Höppner von der SPD durchgestanden werden. Sie, die sich unter „den schlechten Rahmenbedingungen und der sozialistischen Kommandowirtschaft kaum“ hatte entfalten können, wie in ihren Erinnerungen zu lesen steht, erwies sich bald als treue Erfüllungsgehilfin der Kohl'schen Einigungspolitik. Der hatte am 23. Juni im Bonner Bundeskanzleramt extra ein Kanzlerfest für die neuen „DDR-Repräsentanten“ arrangieren lassen, um sie „einheitsfreundlich“ einzustimmen. Beseelt von des Kanzlers trügerischen Illusionen von den zu erwartenden „blühenden Landschaften“ hatte die Volkskammerpräsidentin maßgeblichen Anteil am Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland. Dazu wurden ihr westdeutsche Berater zur Seite gestellt, womit von Anbeginn unter dem Einfluß bundesdeutscher Interessen scheinbare „DDR-Politik“ betrieben wurde. Frau Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des westdeutschen Bundestages, weihte sie in die Geflogenheiten des bundesdeutschen Machtapparates ein. Zunächst genoß sie als amtierendes Staatsoberhaupt der DDR die zahlreichen Auslandsreisen, lernte in Nicaragua, Schweden, Israel, Italien, der Schweiz, Großbritannien und der Sowjetunion die bedeutendsten Staatsmänner und -frauen jener Jahre kennen und bekam sogar eine persönliche Audienz beim Papst in Rom. Für ihre Staatsvisiten, so sagte man ihr nach, kleidete sie sich am Kudamm in Westberlin ein. Das brachte ihr den Zorn und die Mißgunst von DDR-Bürgern ein, die nicht vergessen hatten, dass ihre abgelösten „Oberen“ in separaten Läden „Westprodukte“ einkaufen konnten. Da sie sich dem Personenschutz unterwerfen mußte, hatte man vor ihrem Haus in der Florastraße „ein Wach- und Toilettenhäuschen“ aufgestellt, ein Polizist patrouillierte durch den Garten. Sie habe sich „regelrecht eingesperrt gefühlt“. Im September 1990 gehörte sie schließlich zu jenen Abgeordneten, die noch vor dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten von einer Mehrheit der Volkskammer als künftige Abgeordnete in den westdeutschen Bundestag delegiert wurden.

Der (Gesamt-)Berliner Landesparteitag der CDU, der am 8. September 1990 stattfand, setzte Frau Dr. Bergmann-Pohl auf Platz 1 der Landesliste für die schon ins Auge gefaßte gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember. Gehofft wurde, mit ihrem Namen vor allem im Ostteil der Stadt Stimmen gewinnen zu können. Für ihren Einsatz im Vereinigungsprozeß wurde sie am 2. Oktober 1990 in das Präsidium der CDU übernommen. Sie bekam allerdings von den zur Wahl kandidierenden Präsidiumsmitgliedern das schlechteste Abstimmungsergebnis. Dieses Resultat enttäuschte sie sehr. „Ich hatte den Eindruck, dass meine Arbeit als Präsidentin der Volkskammer und als amtierendes Staatsoberhaupt von niemanden in der CDU wirklich gewürdigt und anerkannt wurde.“ In der Tat! Sie hatte sich mehr Anerkennung in dieser christlichen bundesdeutschen Runde versprochen. Der wiedergewählte Bundeskanzler Helmut Kohl dachte an die bevorstehenden Bundestagswahlen und holte sie deshalb flugs einen Tag später als Bundesministerin ohne Geschäftsbereich in sein Kabinett. Das war ein Zugeständnis an die ostdeutsche Politikerin. Sie sollte sich vom Bonner Palais Schaumburg aus, wo sie nun residierte, um die Belange der „abzuwickelnden“ Ostdeutschen kümmern. Ein Feigenblatt für die Plattmache der DDR, das alsbald verwelken sollte.

Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 wurde die frisch gekürte Ministerin erneut in den Bundestag gewählt. Ihren Wahlbezirk Pankow – Hohenschönhausen – Weißensee holte sich allerdings Konrad Elmer von der SPD mit 36,4 Prozent der abgegebenen Erststimmen. Er kam als Direktkandidat in den Bundestag. Die CDU hatte hier nur 23,5 Prozent der Stimmen erhalten. Dr. Sabine Bergmann-Pohl gelangte nur noch über die Landesliste in das hohe bundesdeutsche Abgeordnetenhaus. Noch vor ihr hatte die PDS 26,3 % der Stimmen erreicht, die FDP 9,3 %. Sie war enttäuscht, dass nach diesen Dezemberwahlen kein Ostdeutscher für die Wahl des Bundestagspräsidiums berücksichtigt worden war. Das neue Kabinett der Kohl-Regierung sah auch für sie keinen Ministerposten mehr vor. Der Mohr hatte wohl seine Schuldigkeit getan. Ihr wurde das Amt einer Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit übertragen, das anfänglich in der Bonner Dienstherrenstraße 87, später dann Am Probsthof 78 a seinen Sitz hatte. Die Funktion des Parlamentarischen Staatssekretärs war zu einem Versorgungsposten für „verdiente Parteimitglieder“ verkommen (3). Dr. Bergmann-Pohl saß nun die Woche über in Bonn fest. Sie war selten in Karow anzutreffen. Ihr Ehemann versorgte Haushalt und Kinder. An den Wochenenden konnten Einwohner beide schon mal durch den Ort joggen sehen.

Ihr Bundestagsmandat behielt sie auch nach den Wahlen 1994 und 1998 über die Landesliste der CDU. Allerdings gingen in ihrem Wahlbezirk die Stimmen für die CDU systematisch zurück. 1994 gewann Manfred Müller für die PDS das Direktmandat mit 36,8 Prozent, gefolgt von der SPD mit 32,0 %, der CDU mit 19,7 %, Bündnis 90/Die Grünen mit 6,4 Prozent und der FDP mit 1,6 %. Und bei der Bundestagswahl 1998 sah es für die CDU nicht viel besser aus. Erneut ging das Direktmandat an den PDSler Manfred Müller mit 35,8 Prozent, gefolgt von SPD mit 34,0 %, der CDU 16,0

%, Bündnis 90/Die Grünen 4,7 % und der FDP 1,6 %. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch SPD und Bündnis90/Die Grünen verlor sie im Oktober 1998 ihr Amt als Parlamentarische Staatssekretärin. Sie hatte schon 1991 vorausschauend resümiert, sie werde „eines Tages die erste Parlamentarische Staatssekretärin sein, die im Privatberuf arbeitslos ist“. Im September 2002 trat sie zur Bundestagswahl nicht mehr an. In ihren früheren Beruf kehrte sie nicht wieder zurück. 2003 bekam sie den Chefposten beim Berliner Roten Kreuz angetragen. Jüngst sagte sie in einem Zeitungsinterview, dass sie mit Genugtuung verfolge, dass heute die Zusammenarbeit von Ärzten verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach – ähnlich den Polikliniken in der DDR – propagiert werde. „Als ich solche Zentren vor zehn Jahren vorschlug, sah man mich an, als ob ich den Kommunismus einführen wollte.“ (Berliner Morgenpost, 9. März 2003).

Dr. Sabine Bergmann-Pohl gehört ferner dem Marburger Bund, dem Hartmann-Bund, der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und dem Stiftungsrat der Körber-Stiftung an. Sie ist Schirmherrin des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e.V.

Anmerkungen:

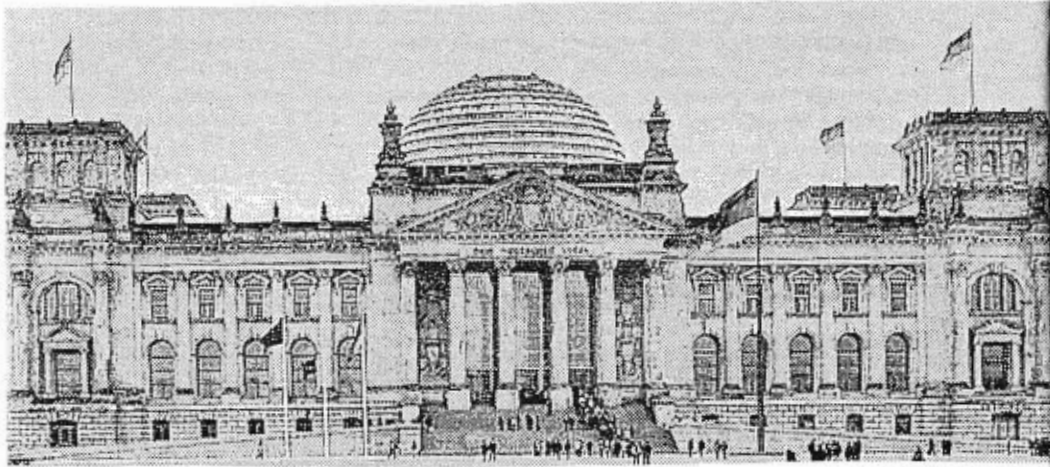
- (1) Die Boenkestraße wurde 1951 nach einer Kabelarbeiterin (Gerda Boenke) umbenannt, die sich unter Arbeitskollegen gegen das Nazi-Regime und gegen den von ihm geführten verbrecherischen Krieg ausgesprochen hatte, daraufhin der Gestapo denunziert und 1944 zum Tode verurteilt worden war. Zuvor hieß die Straße Viktoria-Luise-Straße, benannt nach der Frau des Gemeindevorstehers, Kirchenältesten und Gutsbesitzers G.K. Kerkow, der vor 1920 eine Reihe von Straßen in Karow mit den Namen seines Familienclans betiteln ließ.
- (2) G.K. Kerkow ließ die Florastraße ebenfalls vor 1920 nach seiner Tochter Luise Flora Kerkow benennen, die allerdings in der Dorfstraße 21 (Alt-Karow) ihren Besitz hatte.
- (3) Der Bund der Steuerzahler sprach sich 2002 für die Abschaffung des Amtes der Parlamentarischen Staatssekretäre aus. Jede/r von ihnen erhalte ein monatliches Gehalt von 9.615,- Euro, ein jährliches Weihnachtsgeld von 8.298,- Euro sowie einmal eine Aufwandsentschädigung von 2.760,- Euro. Als Bundestagsabgeordnete stehen ihr/ihm noch das halbe Monatssalär eines Parlamentariers in Höhe von 3.439,- Euro zu. Sie haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Fahrer, ein eingerichtetes Büro, einen Referenten, einen Sachbearbeiter und zwei Sekretärinnen.

Literatur

- Sabine Bergmann-Pohl: Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit. Frankfurt/Main 1991.
- E. Elitz: Sie waren dabei: Ostdeutsche Profile von Bärbel Böhley zu Lothar de Maiziere. Stuttgart 1991.
- Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode 1998. Kürschners Volkshandbuch. 93. Auflage. Rheinbreitbach 2001.
- Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch. Frankfurt a. M. 1995.



Logo der Bürgerrechtsbewegung in der DDR



Tagungsstätte des Deutschen Bundestages

Markus Meckel (1952)
Abgeordneter der Volkskammer der DDR 1990
und des Deutschen Bundestages der BRD
von 1990 bis heute



Johannes Markus Meckel kam am 18. August 1952 in Müncheberg im Kreis Strausberg als Sohn eines Pfarrers zur Welt. Er selbst meint, „wer in der DDR in eivangelischen Pfarrhaus aufwuchs, fand sich in jedem Fall in Schule und Gesellschaft als Außenseiter und Grenzgänger wieder“. Von klein auf war ihm „bewußt, in einer eher feindlichen gesellschaftlichen Umwelt zu leben, in der man auf der Hut sein mußte und in der es galt, seinen Glauben und seine Überzeugungen unter ständigem Druck zu verteidigen, um sich nicht zu verleugnen“. (1) Die Familie zog bald nach Berlin in die Georgenkirchstraße, so dass der Junge das einzige Berliner altsprachliche „Graue Kloster“ besuchen konnte. Er mußte allerdings nach der 10. Klasse diese Erweiterte Oberschule (EOS) verlassen. Statt dessen besuchte er das Kirchliche Oberseminar in Potsdam-Hermannswörder, das er 1971 mit einer staatlich nicht anerkannten Hochschulreife abschloß. Den Wehrdienst

für die DDR verweigerte er 1970. Er begründete seinen Schritt damit, dass das Wett-rüsten der sich feindlich gegenüber stehenden Großmächte aufhören müsse. „Ein Krieg kann heute keine Probleme mehr lösen, sondern nur vertiefen“, schrieb er in seiner mutigen Begründung. (2) Er studierte bis 1978 Theologie in der Saale- und Domstadt Naumburg und am Sprachkonvikt in Berlin. Hier in der Hauptstadt der DDR sollte auch sein oppositionelles politisches Wirken beginnen. Mit Gleichgesinnten bildete er schon 1977 einen „Hegel-Kreis“, den das Ministerium für Staatssicherheit der DDR argwöhnisch beobachten ließ. Er war in dieser Zeit als Tellerwäscher in der Gaststätte im Fernsehturm am Alexanderplatz, als Nachtwächter in einem Museum und schließlich als Hausmeister einer Kirchengemeinde beschäftigt. Er fand in dieser Zeit Muße, sich mit den Auffassungen der bedeutendsten deutschen idealistischen Philosophen des 19. Jahrhunderts, Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Friedrich Wilhelm Nietzsche, zu befassen.

1980 bekam Markus Meckel eine Arbeitsstelle als Vikar und ab 1982 als Pfarrer in der mecklenburgischen Gemeinde Vipperow. Der Ort liegt am südlichen Ende des Müritz-Sees. In seinem Pfarrhaus traf sich von 1982 bis 1988 vierzehntägig der „Vip-

perower Friedenskreis", um über Fragen der Rüstung und Nachrüstung zu diskutieren. Schwerter sollten zu Pflugscharen werden! Das Echo blieb allerdings auf wenige oppositionelle christliche Gruppen in der DDR beschränkt. Vergeblich wurde 1984/85 versucht, die einzelnen Kreise konzeptionell zusammen zu fassen.

1988 avancierte er zum Leiter der Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte der Evangelischen Kirche in Niederdodeleben bei Magdeburg. Er engagierte sich noch intensiver in der kirchlichen Friedens- und Menschenrechtsbewegung und im Arbeitskreis Theologie und Philosophie beim Bund der Evangelischen Kirche. Er war 1988 Delegierter der Ökumenischen Versammlung in der DDR und ein Jahr später auch der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel (Schweiz).

1989 wurde ein einschneidendes Jahr im Leben von Markus Meckel. In Verschwörer-Manier hatte ein kleiner Kern wagemutiger Männer die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Er gehörte zu jenen über 40 Teilnehmern, die diesen historischen Schritt am 7. Oktober 1989 in Schwante bei Oranienburg vollzogen. Dabei war schon eigentümlich, dass eine sozialdemokratische Partei ausgerechnet von Pastoren aus der Taufe gehoben wurde. Meckel war zunächst ihr 2. Sprecher. Die Bildung dieser sozialdemokratischen Partei fand bei den oppositionellen und kirchlichen Kreisen der DDR wenig Zustimmung. Parteien widersprachen ihrem Verständnis von einer Basisdemokratie. (3) Für die Gründungsmitglieder sollte damit allerdings „explizit die Machtfrage in der DDR“ gestellt worden sein (4) - und das, obwohl die SPD der BRD die neue Ostpartei anfänglich nicht akzeptieren wollte. Sie wurde für den florierenden deutsch-deutschen Dialog zwischen der SPD und der SED als störend empfunden. Die neue Partei sprach sich für die deutsche Einheit aus, jedoch in einem Prozeß, bei dem sich beide deutsche Staaten näher kommen und sich angleichen sollten. „Ein langsames Aufeinander zugehen zweier demokratischer Staaten in einem sich einigenden Europa“ war als hoffnungsvolle Perspektive vorgesehen. Eine „demokratische DDR“ sollte zunächst das Ziel sein. (5) Für Meckel wurde daraus Jahre später schon eine Tat, die „zum Umsturz rief“. Und das 1998 angenommene Parteiprogramm der SPD machte daraus sogar einen Akt von historischer Größe: „Mit der Gründung der Partei am 7. Oktober 1989 stellten Sozialdemokraten den Machtanspruch der SED radikal in Frage. Sie entschieden sich als erste innerhalb der revolutionären Bewegung in der DDR für die parlamentarische Demokratie und setzten damit das entscheidende Zeichen, den SED-Staat von innen heraus zu überwinden.“

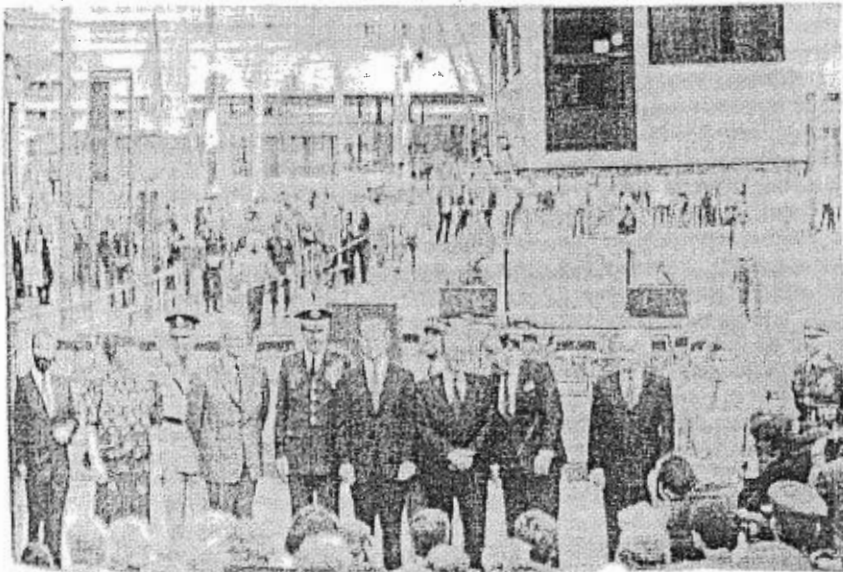
Die neue SDP erhielt raschen Zulauf. Bis Ende 1989 gab es bereits über 50 Orts- und Kreisverbände. Im Winter 1989/1990 ist von schätzungsweise 60.000 Mitgliedern die Rede. Auf ihrem im Februar 1990 stattfindenden Parteitag wurde Ibrahim Böhme zum Parteivorsitzenden und Markus Meckel zu einem der Stellvertreter gewählt. Meckel übernahm zeitweilig den amtierenden Vorsitz, nachdem Böhme wegen seiner bekannt gewordenen Zusammenarbeit mit der DDR-Staatssicherheit seinen Posten

hatte räumen müssen. Der Neuaufsteiger Wolfgang Thierse, vom Neuen Forum kommend, wurde neuer Vorsitzender. Willy Brandt, der Ehrenvorsitzende der SPD in der BRD war es, der Meckel riet, in der Politik weiterzumachen.

Zu den anstehenden Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 wurde Markus Meckel im Wahlkreis 10 – DDR-Bezirk Magdeburg – auf die Landesliste der SDP gesetzt. Er war bei einem eventuellen Wahlsieg seiner Partei für den Posten des kommenden Ministerpräsidenten auserkoren worden. Noch sollte die „Vision eines menschlichen Sozialismus“ in der DDR verwirklicht werden. Eine demokratische Parteienvielfalt sollte erreicht werden, keinen bedingungslosen Anschluß an den anderen deutschen Staat! Und viele hofften hierauf. Doch die verlockenden Versprechungen der Konservativen um die zu erwartende D-Mark waren stärker. Wie im DDR-Maßstab bekam auch im Bezirk Magdeburg die CDU die meisten der abgegebenen Stimmen - 44,22 Prozent. Auf die SDP entfielen 27,47 %, die PDS erreichte 14,22 Prozent. Markus Meckel kam dennoch in die Volkskammer. Er votierte mit einer Minderheit seiner Partei für eine Regierungsbeteiligung. Erst nach einer Rücksprache mit der SPD-Führung in Bonn gab die gesamte SDP nach. In der neu gebildeten Koalitionsregierung aus CDU, SDP, Demokratischer Aufbruch, DSU und FDP unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere (CDU) bekam Markus Meckel das Amt des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR übertragen. Aber dieser hohen politischen Verantwortung war er in dieser verwirrenden umwälzenden politischen Zeit kaum gewachsen. Dazu fehlten ihm ganz einfach die „staatsmännischen“ Erfahrungen und Raffinessen. Willy Brandt legte seinem Ostberater Egon Bahr nahe, dem „unerfahrenen Meckel im Außenministerium zu helfen“ (7). Der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) erinnerte sich später, dass Meckels engste Mitarbeiter sich zum Teil aus Westdeutschen „rekrutierten“ (8). Als Vertreter der DDR fand ihr Außenminister im Ausland schon keine Anerkennung mehr. Dort hatten sich die Regierungschefs bereits auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten unter der Oberhoheit der Bundesrepublik Deutschland eingestellt. Meckel hatte zwar Gelegenheit an den Verhandlungen in Warschau, Moskau, Washington, Bonn, Genf und Strasbourg teilzunehmen; ebenso war er im Mai 1990 als DDR-Vertreter bei den „2 + 4 Gesprächen“ dabei. Egon Bahr schätzte seine Rolle, die er dabei einzunehmen hatte, als nicht besonders günstig ein. Meckel war längst kein gleichberechtigter Partner mehr im Kreis des anderen deutschen Vertreters und der vier alliierten Siegermächte. Er wurde bei alledem von dem BRD-Außenminister Genscher nicht all zu ernst genommen, der die bundesdeutschen Ziele im Vereinigungsprozeß durchdrücken wollte - und dies auch tat. Meckel war zum Außenminister eines Staates geworden, der sich die eigene Auflösung auf die Fahnen geschrieben hatte. Sein demonstratives Beharren auf DDR-Souveränität ging der CDU in Ost wie in West gegen den Strich. Die Folge war der Bruch der Regierungskoalition, womit er sein Amt als Außenminister der DDR niederlegen mußte. Dem Anschluß der DDR an die BRD am 3. Oktober 1990 stand nichts mehr im Wege.



Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung zwischen DA, SDP, CDU, DSU und FDP am 12. April 1990



Die Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten am Checkpoint Charlie, 22. Juni 1990

Im Dezember 1990 waren die Neuwahlen für den 12. Deutschen Bundestag angesagt. Markus Meckel wechselte den Wahlkreis; vom inzwischen CDU-regierten Sachsen-Anhalt, wo die Chancen für seine Wiederwahl gering erschienen, in das SPD-geführte Brandenburg. Er wurde im Wahlkreis 272 als Direktkandidat der SPD aufgestellt. Der für ihn neue Wahlkreis umfaßte das nordöstliche brandenburgische Gebiet Prenzlau-Angermünde-Schwedt-Templin-Gransee. Der Schachzug gelang. Mit 37,7 Prozent der Erststimmen wurde er in den Bundestag geschickt. Die Vertreter der anderen angetretenen Parteien erhielten in seinem Wahlkreis: CDU 34,1 %, PDS 11,2 %, Bündnis90/Die Grünen 8,7 % und die FDP 7,6 %. Er hatte den Wahlkreis gewonnen. Und dennoch war er nicht zufrieden. Von den Gründungsvätern der Ost-SPD war keiner übrig geblieben. An der Spitze standen nun Leute, die ihn „vor einem Jahr am liebsten noch nicht gekannt hätten“ (9).

Für seine Person war er „im Westen angekommen“. Die Ideale aus DDR-Zeiten waren in der neuen Gesellschaft nicht mehr gefragt. Schon Anfang der 90er Jahre befürwortete er im Deutschen Bundestag den Einsatz der Bundeswehr zur „Durchsetzung des Völkerrechts“ auch außerhalb des NATO-Gebietes (10); Bosnien, Kosovo, Afghanistan folgten. Der Wehrdienst war für ihn nun „ethisch gerechtfertigt“. Selbst NATO-Luftangriffe hielt er für notwendig. (11) Nichts war von den Schwertern, die zu Pflügen werden sollten, übrig geblieben. Alles Schnee von gestern!

Es gab für ihn, der einen „menschlichen Sozialismus“ einst anstrebte, ein neues Betätigungsfeld. Er wollte nun dem einstigen „DDR-Bürger das Nachdenken über die Ulbricht- und Honecker-Jahre aufgeben“ (12). Nun ging es ihm im nachhinein um ein verklärtes Bild über die DDR. Er wollte weg von dem westdeutschen Image der „tragischen Figur der ostdeutschen Revolution“ (13). Meckel war zum „theoretisierenden“ Anpasser geworden. In der Enquete-Kommission des 12. und 13. Bundestages zur Aufarbeitung von DDR-„Unrecht“ konnte er sich von 1990 bis 1998 neu profilieren. Mit eifernder Energie versuchte er als Obmann der SPD in dieser zweiten Kommission die „Unmenschlichkeit“ in der DDR deutlich zu machen. So habe es in der DDR keinen öffentlichen Diskurs über die Naziverbrechen gegeben. „Das durfte auch nicht geschehen,“ so seine Interpretation, „um zu vermeiden, zwischen der Lebenssituation im Nationalsozialismus und eigenen Erfahrungen in der DDR Analogien zu erkennen“ (14). Bei aller „Unfreiheit“, was soll eine solche Gleichsetzung von NS-Diktatur und DDR-System bewirken? Hat die DDR wirklich einen verheerenden Weltkrieg angezettelt, die Nachbarstaaten militärisch überfallen und wirtschaftlich ausgeplündert, Juden, Slawen und politische Gegner massenhaft und auf bestialische Weise ermordet? Er hat das Nazireich selbst nicht erlebt und offenbar in der DDR die falsche Schule besucht. Die westdeutsche Gesellschaft kortimt bei ihm da schon besser weg. Dort sei die Aufarbeitung der NS-Geschichte tief in der Gesellschaft verwurzelt. Aber auch hier scheint er zu wenig gelesen oder zumindest zur Kenntnis genommen zu haben. Seit geraumer Zeit liegen nicht wenige kritische Publikationen

selbst westdeutscher Provenienz zu der Art und Weise vor, wie nach 1945 die personelle nazistische Erblast in der BRD durch Integration „demokratisch bewältigt“ worden ist und wie Nazifolter zu „passablen Demokraten“ wurden. Vergessen die hohen Amtsträger an Nazirichtern und Militärs, die Globkes, Filbingers, Lübkes und Heusingers im Dienste der westdeutschen Bundesrepublik? (15) Was soll's. Dieser einerseits diskriminierende und andererseits aufpolierende Wortschwall verhalf ihm schließlich 1998 Vorsitzender des Stiftungsrates der regierungsamtlichen „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu werden. Die Deligitimierung des einstigen DDR-Systems kann also weitergehen.

Markus Meckel wurde auch 1994, 1998 und 2002 in seinem Wahlkreis als Direktkandidat in den Deutschen Bundestag gewählt. Die Ergebnisse im Vergleich zu seinen politischen Konkurrenten (16):

1994 - SPD 48,8 %, CDU 27,7 %, PDS 18,5 %, Die Grünen 3,0 % und FDP 2,0 %;
1998 - SPD 54,0 %, CDU 20,3 %, PDS 18,3 %, Die Grünen 2,0 % und FDP 1,8 %;
2002 - SPD 49,1 %, CDU 21,4 %, PDS 20,5 %, Die Grünen 2,1 % und FDP 5,1 %.
Im Herbst 2003 gehörte er im Deutschen Bundestag zu den Befürwortern der unsozialen Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung zur Gesundheits- und Rentenreform.

Markus Meckel hat noch eine ganze Anzahl von weiteren Funktionen inne. So ist er Mitglied des Stiftungsrates Wissenschaft und Politik, des Präsidiums der Europaunion Deutschland, des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit 1994 Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentarier Gruppe, war von 1996 bis 2000 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, ist seit 1991 Stellvertreter und seit 1998 ordentliches Mitglied der Nordatlantischen Versammlung und seit dem November 2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Markus Meckel ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Die Familie zog in den „Wendetagen“ des Jahres 1990 nach Karow. In der Straße 48/Nummer 54 bezog sie eine zu DDR-Zeiten „staatlich“ vereinnahmte Villa. Als eine Karower Bürgerinitiative sich dagegen aussprach, führte er als eines der Argumente zu Felde, seine Frau brauche für die Ausübung ihres Berufes als Keramikerin eigene Arbeitsräume. Als Karower dürfte er sich nie gefühlt haben. Im Frühjahr 2002 stand das Haus leer. Die Familie hatte einen neuen Wohnsitz.

Anmerkungen

- (1) Markus Meckel: Selbstbewußt in die deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen. Berlin 2001, S.23.
- (2) Markus Meckel/Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Köln 1994, S.83.
- (3) Siehe hierzu Dieter Dowe/Rainer Eckert (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Bonn 1993; Gero Neubauer/Bernd Niedbalski: Die SDP/SPD in der DDR 1989-1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation. Berlin 1992; Bianca von der Weiden: Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD). Von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/90). Bingen 1995.
- (4) Markus Meckel, a.a.O., S.46.
- (5) Markus Meckel, a.a.O., S.75.
- (6) In den folgenden Jahren ging die Mitgliederzahl der SPD in den neuen Bundesländern auf 20.000 zurück.
- (7) Egon Bahr: Zu meiner Zeit. Berlin 1999, S.585.
- (8) Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1999, S.760.
- (9) E. Eilitz: Sie waren dabei. Ostdeutsche Profile von Bärbel Bohley bis Lothar de Maizere. Stuttgart 1991, S.113.
- (10) Markus Meckel, a.a.O., S.261.
- (11) Markus Meckel, a.a.O., S.277.
- (12) E. Eilitz, a.a.O., S.114.
- (13) E. Eilitz, a.a.O., S.115.
- (14) Markus Meckel, a.a.O., S.195.
- (15) Siehe hierzu u.a. Norbert Frei: Karriere im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/Main 2001.
- (16) Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode 1990 sowie 13. Wahlperiode 1994, 14. Wahlperiode 1998; 15. Wahlperiode 2002. Kürschners Volkshandbuch.

Tiefe Einschnitte für Rentner

SPD und Grünen vereinbaren Nullrunde für 2004

Agenda zerstört Sozialstaat

»Sozial Schwächere« sollen Finanzen retten

**SOZIALABBAU
PERFIDER
DEMOKRATEN**

DGB und AWO
gegen Pflegepläne

Sozialabbau Aufruf zum Protest
gegen Kürzungspolitik

Hartz nährt
den Widerstand

**SOZIALABBAU
STOPP!**

Anti-Sozialkahl Schlag-Demo

Hunderttausend
gegen Sozialabbau

Proteste gegen den rot-grünen Sozialabbau, Herbst 2003

Dr. Evelyn Kenzler (1962)
Abgeordnete des Deutschen Bundestages der BRD
von 1998 bis 2002



Evelyn Kenzler, am 2. Dezember 1962 geboren, ist ein echtes Berliner Kind; konfessionslos. Sie wuchs in einem sozialistisch geprägten Elternhaus auf. Anfang der 80er Jahre zogen ihre Eltern von Niederschönhausen nach Karow in die Straße 56, der heutigen Strömannastraße, wo sie ein Einfamilienhaus gebaut hatten. An der Erweiterten Oberschule „Carl-von-Ossietzky“ in Pankow legte Evelyn 1981 ihr Abitur ab. Sie war Mitglied der SED geworden und auch sie bekam nicht sofort einen Studienplatz zugewiesen. Erst 1983 konnte sie mit einer akademischen Laufbahn beginnen. An der Berliner Humboldt-Universität studierte sie kontinuierlich acht Semester Rechtswissenschaft, erwarb 1987 ihr Diplom als Juristin und bekam anschließend eine wissenschaftliche Aspirantur an der Juristischen Fakultät, die sie 1991 mit ihrer Promotion zum Dr. jur. abschloß.

Bei den zahlreichen Wahlen im „Wendejahr“ 1990 saß ich mit ihr gemeinsam im Wahlvorstand jenes Karower Wahllokals, in dem auch Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl ihre Stimme abgab. Seit 1991 ist Frau Dr. Evelyn Kenzler ehrenamtliche Vorsitzende der Vereinigung demokratischer Juristen. Beruflich war sie von 1991 bis 1993 zunächst Mitarbeiterin in einer Rechtsanwaltskanzlei, dann von 1993 bis 1995 angestellte Rechtsanwältin. Im Dezember 1995 erhielt sie ihre Zulassung zur Rechtsanwältin und wurde freiberufliche Rechtsanwältin in Sozietät. Seit 1995 gehört sie dem Parteirat der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) an.

Zu den Bundestagswahlen im Herbst 1998 wurde Frau Dr. Evelyn Kenzler von ihrer Partei im sächsischen Wahlkreis 323 Chemnitz I als Kandidatin für den 14. Deutschen Bundestag aufgestellt. Das Direktmandat in diesem Wahlkreis ging allerdings mit 32,4 Prozent an die SPD-Abgeordnete Jelena Hoffmann. Evelyn Kenzler erhielt 20,9 Prozent der abgegebenen Erststimmen, 31,6 % gingen an die CDU, 7,3 % an die Grünen und 3,1 % an die FDP. Über die Landesliste Sachsen der PDS kam sie dennoch in den Bundestag, wo sie als rechtspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion und als Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages wirkte. Sie war PDS-Obfrau im ersten Untersuchungsausschuß „Parteispenden“, dessen Ergebnisse nach

ihrer Meinung „deutlich hinter den öffentlichen Erwartungen zurückblieben“. Bei dieser illegalen Parteienfinanzierung konnten Geldflüsse teilweise nachvollzogen werden, die Herkunft und Verwendung der Mittel blieben aber weitgehend im Dunkeln.

Im Bundestag stritt Frau Dr. Evelyn Kenzler unermüdlich für die sozial Schwachen in dieser Gesellschaft, für die Belange der ostdeutschen Datschenbesitzer, für Erleichterungen für Schuldner, für eine Reform des Mietrechts und die Änderung des Insolvenzrechts. Sie engagierte sich für die Demokratisierung und die Einhaltung des Völkerrechts, wandte sich gegen die weitere Verschärfung bei der Inneren Sicherheit und gegen den Abbau von Bürgerrechten. Ganz besonders wichtig ist ihr der Kampf gegen den Rechtsextremismus. Sie unterstützte nicht nur das NPD-Verbot, sondern schlug im Namen ihrer Fraktion die Einfügung einer antifaschistischen Klausel in das

Juristinnen und Juristen für den Frieden

Im 3. Jahr des 21. Jahrhunderts wird der Welt Krieg wieder als legitimes Mittel zur Konfliktbewältigung offeriert. Unter Führung der US-Administration wird gegenwärtig ein scheinbar unabwendbarer Militärschlag gegen den Irak vorbereitet. Der Bruch des Völkerrechts wird dabei wie selbstverständlich hingenommen. Die Voraussetzungen nach Art. 39, 42 und 51 der UN-Charta liegen nicht vor, denn vom Irak geht derzeit keine Bedrohung des Weltfriedens aus. Die den Krieg vorbereitenden Staaten handeln auch nicht im Rahmen kollektiver oder individueller Selbstverteidigung. Ein Angriff des Irak gegen die USA oder ihre Verbündeten ist weder gegeben, noch eine Vorbereitung erkennbar. Die Resolution des UN-Sicherheitsrates 1441 über die Waffeninspektionen enthält kein Mandat für Militärschläge gegen den Irak. Wir begrüßen die erklärte Haltung der Bundesregierung, sich an einem Krieg gegen den Irak nicht aktiv zu beteiligen. Ein bloßes Nein genügt jedoch nicht. Die von der Bundesregierung zugesagte und bereits geübte Unterstützung bei der Vorbereitung eines Angriffskrieges, insbesondere durch die Gewährung von Überflug-, Bewegungs- und Transportrechten, die angebotene Teilnahme deutscher Soldaten an AWACS-Flügen im Kriegsfall und die Bereitstellung von ABC-Spürpanzern in Kuwait sind grundgesetz- und völkerrechtswidrig. Auch wer einen Aggressor durch zur Verfügungstellung seines Territoriums unterstützt, beteiligt sich an der Aggression und handelt selbst völkerrechtswidrig.

Die Unterzeichner fordern die Bundesregierung auf, hierzu jegliche Unterstützung zu versagen, keine Vorbereitungsmaßnahmen für einen Angriffskrieg gegen den Irak von deutschem Territorium aus mehr zu dulden und ihren internationalen Einfluss konsequent dafür einzusetzen, einen drohenden Irak-Krieg zu verhindern.

Die Unterzeichner rufen alle dem Frieden und dem Völkerrecht Verbundenen Juristinnen und Juristen auf, unsere Forderung zu unterstützen und sich diesem Appell anzuschließen.

Prof. Dr. Erich Buchholz, Rechtsanwalt; Dr. Peter-Michael Distel, Rechtsanwalt; Dr. Hubertus Graf Grote, Richter i. R.; Werner K. Kannenberg, Richter VerwG, NRV; Gerd-Peter Jungé, Rechtsanwalt; Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt, RAV; Dr. Evelyn Kenzler, Rechtsanwältin, VdJ; Prof. Dr. Martin Kutscha, Hochschullehrer, VdJ; Volker Lindemann, VizePräs OLG Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer; Dr. Ulrich Schaarschmidt, Rechtsanwalt und Notar; Dr. Erwin Siemantel, Rechtsanwalt; Eckart Stevens-Bartol, VorsRr LSG Bayern; Dirk Strassenberg, Rechtsanwalt; Dr. Peter Weber, Richter KG i. R., NRV; Ulf Wende, Rechtsanwalt; International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), Sektion Deutschland

Kontakt über RA Ulf Wende, Palisadenstraße 40, 10243 Berlin; (030) 42 78 03 53; kanzlei@grehn-kollegen.de

Grundgesetz der BRD und die strafrechtliche Ahndung jeglicher Verherrlichung von NS-Organisationen vor. Dr. Evelyn Kenzler trat vor dem Bundesverfassungsgericht zum Krieg gegen Jugoslawien und zum neuen strategischen Konzept der NATO dafür ein, den Frieden durch das Völkerrecht und nicht durch Kriegshandlungen zu sichern.

Das Wahlkreisbüro von Frau Dr. Evelyn Kenzler befand sich am Rosenplatz 4 in Chemnitz, wo sie auch ihren zeitweiligen zweiten Wohnsitz hatte. Durch ihre engen Beziehungen zu ihren sächsischen Wählern wurde sie in dem neu zugeschnittenen Wahlkreis 164/Chemnitz zu den Bundestagswahlen am 22. September 2002 auf Platz 1 der PDS-Landesliste des Freistaates Sachsen gesetzt. „Lieber Gegenwind statt heiße Luft!“ war ihr Wahlkampf-Slogan. Doch diesmal reichte es für einen erneuten Einzug in den Deutschen Bundestag nicht. Sie erhielt zwar wiederum 20,9 Prozent der Erststimmen, jedoch fiel ihre Partei insgesamt unter die 5-Prozent-Hürde. Sie nahm wieder ihre Tätigkeit als Rechtsanwältin auf.

Frau Dr. Evelyn Kenzler wohnt nach wie vor in der Karower Achillesstraße und ist Mitglied der hiesigen Basisgruppe der PDS.

Literatur

- Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode 1998. Kürschners Volkshandbuch, Rheinbreitbach 2001.

Zweitstimmen-Ergebnisse in Karow: 2002

Wahllokal	SPD	CDU	PDS	Grüne	FDP	REP/NPD
Busonistr. 136	41,2	21,3	20,3	6,3	6,3	1,4
Röländer Str. 46	32,9	24,4	23,4	6,7	6,0	3,2
Achillesstr. 31	38,5	29,2	14,6	5,0	6,5	3,1
Achillesstr. 31	37,9	24,2	20,5	5,4	5,9	1,3
Achillesstr. 79	42,7	19,5	21,3	3,6	4,4	1,6
Bahnhofstr. 53	35,9	18,8	22,0	12,6	6,6	2,4
Bahnhofstr. 53	36,1	22,6	22,3	9,7	5,8	0,6
Hofzeichendamm 1	37,3	32,8	20,6	5,4	6,5	2,5
Münchehagenstr. 43	38,1	23,9	19,7	4,4	5,1	1,8
Bahnhofstr. 32	41,3	18,8	21,5	8,7	5,7	1,0
Bahnhofstr. 32	36,0	24,2	21,6	9,5	4,4	1,5
Bahnhofstr. 32	40,0	23,4	16,8	6,8	6,4	1,3
Str. 43, Nr. 13a	34,8	25,8	20,7	8,0	5,8	1,2
Achillesstr. 79	39,8	20,9	21,1	5,2	5,9	2,2

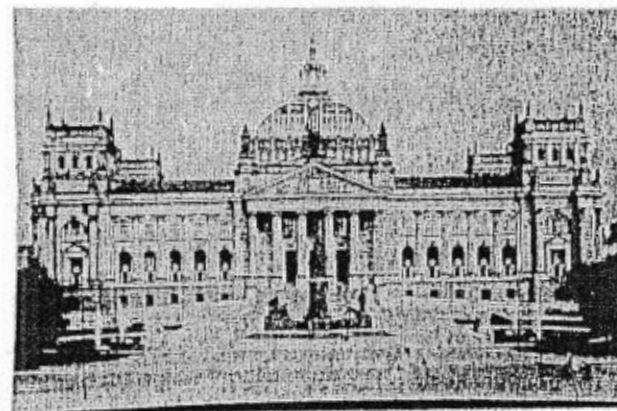
Abkürzungsverzeichnis

- BRD - Bundesrepublik Deutschland
- CDU - Christlich Demokratische Union
- DA - Demokratischer Aufbruch
- DBD - Demokratische Bauernpartei Deutschland
- DDR - Deutsche Demokratische Republik
- DFD - Demokratischer Frauenbund Deutschland
- DSU - Deutsche Soziale Union
- EOS - Erweitere Oberschule
- FDP - Freie Demokratische Partei
- FDGB - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
- FDJ - Freie Deutsche Jugend
- IPU - Internationale Parlamentarische Union
- KPD - Kommunistische Partei Deutschland
- KPdSU - Kommunistische Partei der Sowjetunion
- KZ - Konzentrationslager
- LDPD - Liberaldemokratische Partei Deutschland
- LPG - Landwirtschaftlich Produktionsgenossenschaft
- MTS - Maschinen-Traktoren-Station
- NPD - Nationaldemokratische Partei
- NDPD - Nationaldemokratische Partei Deutschland
- PDS - Partei des demokratischen Sozialismus
- SAP - Sozialistische Arbeiterpartei
- SDP - Sozialdemokratische Partei
- SED - Sozialistische Einheitspartei Deutschland
- SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschland
- USPD - Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland
- VdgB - Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
- VVN - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
- ZK - Zentralkomitee

KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H. 1/2003

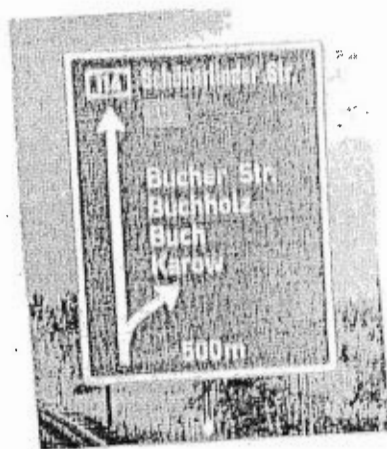
Abgeordnete des Deutschen Reichstages



WAS STECKT DAHINTER ?

NAMEN
VON
STRASSEN, PLÄTZEN,
GRÜNLANDEN
UND
GEWÄSSERN
IN
BERLIN-KAROW

Schriftenreihe: Zwischen Panke und Laake, H.2/2003



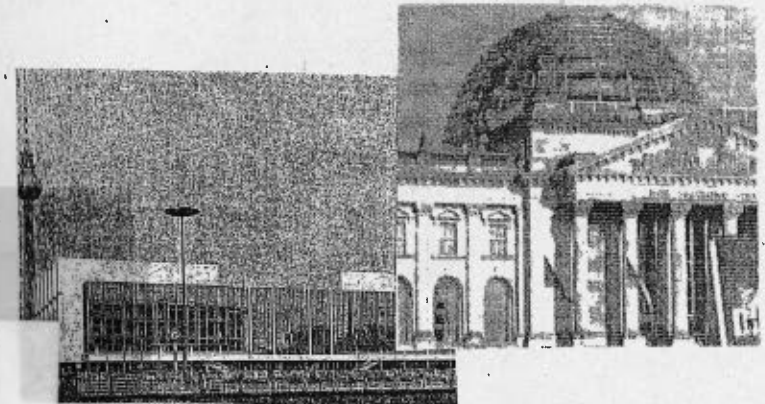
Stadtbibliothek 462

N11 < 00111478974



KAROWER PERSÖNLICHKEITEN

Abgeordnete
der DDR-Volkskammer
und
des Deutschen Bundestages



Nicht
entleihbar

B
13
Krow
Mur